

# DIALOG

SÄCHSISCHER LANDTAG  
DER PRÄSIDENT  DRESDNER GESPRÄCHSKREISE  
IM STÄNDEHAUS



Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht  
und Substanz des politischen Personals«  
am 19. Juni 2012

# DIALOG

Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus  
»Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht  
und Substanz des politischen Personals«  
am 19. Juni 2012



Impulsreferat von Peer Steinbrück

Auf dem Podium (Titel v. l. n. r.):

Dr. Martin Doerry,

Dr. Matthias Rößler,

Petra Köpping,

Peer Steinbrück,

Prof. Dr. Wolfgang Donsbach (Moderation)

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

## Inhalt

### Eröffnung des Forums

»Parteiendemokratie in Deutschland –  
Gesicht und Substanz des politischen  
Personals« durch  
Dr. Matthias Rößler, Präsident  
des Sächsischen Landtags ..... 6

### Impulsreferat

von Peer Steinbrück ..... 10

### Vorstellung der Teilnehmer

an der Podiumsdiskussion ..... 22

Podiumsdiskussion ..... 24

#### Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden  
V.i.S.d.P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag  
Redaktion: Falk Hentschel, Sächsischer Landtag  
Fotos: S. Floss, S. Giersch (58, U4)  
Gestaltung, Satz: www.oe-grafik.de  
Druck: Druckfabrik Dresden GmbH

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig. Ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.



## Eröffnung des Forums »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« durch Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Sehr geehrter Herr Steinbrück,  
sehr geehrter Herr Staatsminister,  
liebe Kolleginnen und  
Kollegen Abgeordnete des  
Sächsischen Landtags,  
sehr geehrte Mitglieder des  
Verfassungsgerichtshofes,  
sehr geehrter Herr Budewig,  
Herr Landrat,  
Herr Bürgermeister,

jetzt schaue ich, Magnifizienz, Herr Prof. Müller-Steinhagen – ich sehe ihn nicht, sonst hätte ich ihm gleich zur Exzellenz-Universität gratuliert –, verehrte Gäste, ich begrüße Sie ganz, ganz herzlich hier zum Dresdner Gesprächskreis in unserem Ständehaus.

Der große Architekt Wallot, der Erbauer des Berliner Reichstags, hat dieses Gebäude Anfang des 20. Jahrhunderts für unser sächsisches Parlament errichtet.

Mit Friedrich Merz fand im Januar 2011 die erste Veranstaltung in diesem Festsaal zum Thema »Amerika und Europa – Folgt der Finanzkrise die Staatskrise?«

statt. Wir waren damals leider der Realität ein ganzes Stück voraus, wie wir inzwischen nicht nur in Griechenland sehen.

Mit Udo Di Fabio haben wir vor zwei Wochen den Dresdner Gesprächskreis im Plenarsaal des Sächsischen Landtags anlässlich des 20-jährigen Jubiläums unserer Landesverfassung fortgesetzt. Das Thema seiner Festrede, »Identität und Föderalität: Europas Wege aus der Krise«, sprach gerade uns Sachsen aus dem Herzen. Wir haben uns unsere Freiheit, unseren Freistaat Sachsen und die Wiedervereinigung Deutschlands selber erkämpft.

Die historische Erfahrung einer erfolgreichen, friedlichen und demokratischen Revolution verbindet uns übrigens mit unseren mitteleuropäischen Nachbarn.

Wir wollen unser politisches Schicksal in eigenen Händen haben. Deshalb halten wir nicht nur unverrückbar an der Eigenstaatlichkeit der Länder und dem föderalen Bundesstaat in Deutschland fest. Wir möchten das zusammenwachsende Europa weiter als Staatenbund gestalten und nicht als Bundesstaat.

Heute Abend hören wir im Ständehaus Peer Steinbrück.

»Das Schlimme sind Politiker, die nicht tun, was sie wissen.«

Mit diesem Satz, in seiner unnachahmlichen norddeutschen Art auf einer Buchvorstellung im Februar 2011 in der Dresdner Messe ausgesprochen, hat er viele Zuhörer und mich nicht nur tief beeindruckt. Er hat eigentlich auch das Motto für unsere heutige Diskussion vorgegeben.

Ich war von seinem damaligen Dresdner Auftritt und seinen Argumenten genauso beeindruckt wie von unserer gemeinsamen Arbeit in der Föderalismuskommission zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Dass diese Kommission das Verschuldungsverbot ins Grundgesetz gebracht hat, wird ihm sicher als historisches Verdienst angerechnet.

Vor genau einer Woche hat die Landtagspräsidentenkonferenz in diesem Festsaal getagt und eine neue Föderalismuskommission gefordert: Diesmal mit Stimmrecht für die Landesparlamente

mit allen Konsequenzen, da es natürlich um ihr, der Parlamente, Königsrecht in Sachen Haushalt und Finanzen geht.

Meine Damen und Herren! Der Diplomvolkswirt und Bundestagsabgeordnete, Ministerpräsident und Bundesfinanzminister a. D. Peer Steinbrück bringt die Dinge, um die es in Deutschland und Europa wirklich geht, mit hanseatischer Kürze auf den Punkt.

Er liefert mit Informationen, Fakten und profunder Kenntnis der komplexen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge eine fundierte Analyse des Zustandes unseres Gemeinwesens.

Was mich beeindruckt: Er behält diese Analyse nicht für sich und opfert sie nicht einer wählerschonenden politischen Korrektheit. Er spricht sie aus und bietet auch Lösungen an, ohne die Zwänge zu verschweigen, in denen wir Politiker, die an der Macht sind, wirklich stehen.

In seinem letzten Buch »Unterm Strich« beispielsweise – das ich Ihnen allen aus gegebenem Anlass recht warm und nachdrücklich empfehlen kann – beschränkt er sich eben nicht auf die Finanzkrise. Er analysiert deren Einfluss auf die Gesellschaft und beschreibt die sozialen Fliehkräfte, denen unser Gemeinwesen unterworfen ist, ebenso wie unsere Parteiendemokratie in Deutschland.

Insbesondere befasst er sich dort mit Gesicht und Substanz des politischen Personals als einer Elite, die durch einen eigenartigen Ausleseprozess – die Ochsentour durch die Parteigremien – am



Ende oftmals an die Schalthebel der Macht gelangt.

Als echter Sozialdemokrat beschreibt er realistisch, in welchem Schraubstock unser Sozialstaat steckt und in welches Korsett die etablierte Politik eingezwängt wird.

Die delikate Beziehung zwischen Politik und Medien kennt er aus eigener Erfahrung.

Er stellt wie viele von uns fest, dass das Modell der Marktwirtschaft nicht automatisch und überall auf der Welt mit einem demokratischen Überbau verbunden sein muss. Die alte marxistische Dialektik von Basis und Überbau scheint auch mit einer staatskapitalistischen Basis und einer autoritären Ein-Parteien-

Struktur im gesellschaftlichen Überbau zu funktionieren. Nach Beispielen braucht man nicht lange zu suchen. Man findet sie in China, Vietnam und anderen asiatischen Entwicklungsdiktaturen.

Peer Steinbrück – und das ist das Besondere – weist auch auf die eigenartige Symbiose der Turbokapitalisten in China und Amerika hin. Er stellt die Fragen, ob China auf Dauer die Staatsdefizite der letzten Supermacht decken und damit finanziell für Kriege und Konsum der Amerikaner aufkommen wird, ob das alternde und schrumpfende Europa in dieser dynamischen Welt bald abgehängt wird.

Aber er lässt keine Zweifel daran, dass Deutschland nur mit Europa in der



»Parteiendemokratie«, ob das jedem gefällt oder nicht. Deshalb gehören Politiker, Journalisten und Wissenschaftler an einen Tisch oder, wie am heutigen Abend, auf ein Podium.

Ich begrüße an dieser Stelle ganz besonders herzlich Petra Köpping, Mitglied des Sächsischen Landtags und vorher auch schon Bürgermeisterin und Landrätin, Dr. Martin Doerry, stellvertretender Chefredakteur des »SPIEGEL«, sowie Prof. Dr. Wolfgang Donsbach. Er ist Direktor des Instituts für Kommunikationswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Exzellenz-Universität TU Dresden.

Sie werden sich im Anschluss an den Vortrag in unserer Podiumsdiskussion mit uns allen gemeinsam darum bemühen, offene Antworten auf offene Fragen zu finden.

Damit erteile ich Ihnen, verehrter Peer Steinbrück, das Wort und bedanke mich bei Ihnen allen, dass Sie gekommen sind.



Champions League einer multipolaren Welt spielen kann. Das vereinigte Europa war und ist für ihn die Antwort auf die endlosen Kriege unserer Geschichte, in denen unsere Großväter und Väter verheizt worden sind.

Peer Steinbrück hält unverrückbar an seinen Grundsätzen von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit fest. Ihm liegt an einer Neuvermessung der Politik.

Wenn er heute zum Thema »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« zu uns spricht, dann wird er sicher nicht nur mir, sondern hoffentlich vielen in diesem Raum aus dem Herzen sprechen.

Als solide ausgebildeter Volkswirt – der auch als Kanzlerkandidat der SPD genannt wird – kann er natürlich fundierte Kritik an den Karrierepfaden

vieler Politiker in Deutschland üben, obwohl er sich damit nicht immer Freunde in der sogenannten politischen Klasse macht.

Aber unsere Demokratie in Deutschland funktioniert nur mit Parteien und Politikern, die um Zustimmung, Vertrauen und Mehrheiten und natürlich auch um Macht ringen. Wir sind nach unserem Grundgesetz eben eine

## »Parteiendemokratie in Deutschland – Gesicht und Substanz des politischen Personals« Referat von Peer Steinbrück

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
lieber Herr Rößler,  
meine sehr geehrten  
Damen und Herren,

ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Präsident,  
sehr herzlich für den langen Werbeblock  
zu meinem Buch. Es ist mir an manchen  
Stellen sogar ein bisschen peinlich  
gewesen. Das Motto dieses Buches war  
in der Tat der Umkehrung eines  
amerikanischen Filmtitels entnommen.  
Dieser Filmtitel hieß: »Denn sie wissen  
nicht, was sie tun« – nach meiner  
Erinnerung mit dem sehr jungen und  
ausstrahlungskräftigen Schauspieler  
James Dean. Ich habe es umgedreht und  
gesagt: »Sie tun nicht, was sie wissen.«

Das ist meine Erfahrung aus vielen  
politischen Debatten nicht nur in meiner  
eigenen Partei, sondern auch mit kolle-  
gial verbundenen Partnern in anderen  
demokratischen Parteien.

Nun soll ich Ihnen – ich glaube in  
40 Minuten – etwas über die Parteiende-  
mokratie erzählen mit einem deutlichen  
Schwerpunkt auf der Qualität des politi-

schen Personals. Das ist hochgefährlich,  
denn wenn Politiker erst einmal im  
Besitz des Mikrofons sind, dann über-  
dehnen sie ihre Redezeit immer.

Ich kenne einen Politiker, der sich wie  
viele andere nicht an die verabredete  
Redezeit gehalten hat, bis er merkte,  
dass erst die Gäste aus den hinteren  
Reihen aus dem Saal gingen, dann  
gingen die aus den mittleren Reihen aus  
dem Saal und zum Schluss blieb, um  
die Geschichte abzukürzen, ein einziger  
Mensch – dort, wo Herr Doerry gerade  
sitzt – sitzen. Erst dann unterbrach die-  
ser Redner leicht irritiert seine Rede und  
fragte den Mann: »Sagen Sie mal,  
warum sitzen Sie noch hier?« Darauf  
sagte der Mann: »Ich bin derjenige,  
der nach Ihnen reden soll.«

Ich werde also versuchen, mich an  
die Spielregeln zu halten, um dann das  
Podium zu eröffnen, auch mit Blick auf  
die anderen Teilnehmer und Teilnehme-  
rinnen, wie Frau Köpping, die gegeben-  
enfalls anderer Auffassung sind als  
ich und ein belebendes Element hinzu-  
fügen können.

Die Ausgangsfeststellung ist nicht so  
kompliziert und entspricht ihrer Wahr-  
nehmung: Die etablierte Politik ist in  
den letzten Jahren einem erheblichen  
Vertrauens- und Zutrauensverlust aus-  
gesetzt. Es gibt so etwas wie Parteien-  
verdrossenheit. Diese gibt es noch nicht  
in einer Form, wie wir sie in der deut-  
schen Demokratiegeschichte schon  
einmal erleben mussten, als diese Ver-  
drossenheit – diese Distanzierung –  
gegenüber Parteien übergesprungen  
ist in eine Parteienverachtung.

Das war am Ende der Weimarer Repu-  
blik mit dem Ergebnis, dass die Katas-  
trophe des Zweiten Weltkrieges über  
Deutschland und Europa gekommen ist.  
Aber es ist derzeit spürbar, dass die  
etablierten demokratischen Parteien  
an Zuspruch verlieren und ihre Lösungs-  
kompetenz nicht gerade hoch gehandelt  
wird. Dies drückt sich auch an einer  
weiteren Ausdifferenzierung des  
Parteiensystems in Deutschland aus.

Die Piraten sind bis zu einem gewissen  
Ausmaß die Projektionsfläche für diese  
Unzufriedenheit mit den demokratischen

Parteien, angefangen von CDU/CSU,  
über SPD, FDP bis hin zu den Grünen.  
Selbst die Grünen werden inzwischen  
als eine republikanische oder altbun-  
desrepublikanische Partei wahrge-  
nommen. Insgesamt ist eine solche  
Entwicklung der grundsätzlichen Dis-  
tanzierung gegenüber Parteien durch-  
aus gefährlich.

Der Grund für diese Distanzierung  
ist zunächst sicher bei den Parteien zu  
suchen. Damit fange ich an. Aber der  
späte Nachmittag oder frühe Abend  
wird für Sie als Anwesende vielleicht  
auch noch etwas anstrengend, weil ich  
dafür sorgen werde, dass sowohl Sie als  
Staatsbürger als auch die Medien Ihr  
Fett wegbekommen. Die Art und Weise,  
wie Kritik ausschließlich gegenüber  
Parteien geübt wird, geht mir nämlich  
gelegentlich etwas gegen den Strich.

Aber damit ich nicht missverstanden  
werde, nach dem Motto: Ich zeige nur  
mit dem Finger auf andere, wohl wis-  
send, dass Gustav Heinemann mal  
gesagt hat: »Drei Finger weisen dann  
auf einen zurück«, fange ich mit den  
Parteien an, auch mit der Schwerpunk-  
tsetzung auf der Qualität des Personals.  
Richtig ist, dass die Parteien in der  
Wahrnehmung der Bevölkerung zu-  
nehmend eher Ritualen folgen. Das  
kann man auf Parteitagen beobachten:  
Musik, Einmarsch, Klatschmarsch,  
Frontalunterricht, keine Diskussion,  
Ausmarsch, wieder Klatschmarsch,  
Musik – und fertig ist der Lack!



So ähnlich sind auch die politischen Ver-  
anstaltungen: Frontalunterricht, mög-  
lichst mit einigen Promis besetzt, aber  
einladende Bewegung an einen auch  
kontroversen Diskurs – gegebenenfalls  
einladende Bewegung an Menschen,  
die gar nicht parteipolitisch gebunden  
sind, die nicht einmal einseitige partei-  
politische Präferenzen haben –, die  
Erschließung auch ganz neuer Kommu-  
nikationsplattformen, ganz anderer  
Veranstaltungsformate, das ist jeden-  
falls nicht die erkennbar große Qualität  
der etablierten Parteien. Hinzu kommt,  
dass ihre Sprache als langweilig wahr-  
genommen wird, teilweise als völlig  
inhaltsleer, inhaltsleer auch deshalb,  
weil man damit nicht aneckt.

Mein viel zitierter und häufig verwen-  
deter Lieblingssatz lautet: »Eine gute  
Grundlage ist die beste Voraussetzung  
für eine solide Basis«. Damit machen  
Sie sich in Ihren eigenen Reihen keine  
Feinde und andere können Ihnen nicht  
gegen das Schienbein treten. Aber er  
ist völlig aussagelos. Das heißt, die Art  
und Weise, wie wir inzwischen auch  
folgenlose Inszenierungen organisieren,  
unsere Sprache, die Art und Weise,  
wie wir einen Gipfel nach dem anderen  
inszenieren, die aber weitestgehend  
ergebnislos bleiben, wird zunehmend  
demaskiert und kritisch wahrgenom-  
men.

Man kann sagen, das ist noch das  
Geringste, womit es die etablierten



Parteien zu tun haben und womit sie sich kritisch beschäftigen müssen. Sehr viel kritischer ist, dass diese Parteien inzwischen als – etwas kompliziert ausgedrückt – selbstreferenzielle Systeme wahrgenommen werden, als sehr stark auf sich selbst bezogene Gebilde. Der Ernstfall der Politik innerhalb vieler Parteien ist inzwischen nicht mehr die Begegnung mit den Bürgerinnen und

Bürgern, sondern die Delegiertenkonferenz und der Parteitag.

Die Selbstbestätigung dessen, was man als einen parteiverträglichen Kodex definiert, ist von größerer Bedeutung, als die Fähigkeit und Neugier, sich veränderten Realitäten und einem sehr tief greifenden strukturellen Wandel in Wirtschaft, Gesellschaft und Technologieentwicklung zu stellen. Der Grund

ist, dass viele Parteien gelegentlich der Logik folgen, nicht das Programm muss sich der Realität anpassen, sondern die Realität muss sich dem Programm anpassen. Dies macht sich auch bei der Auswahl des Personals bemerkbar, weshalb in der Wahrnehmung von vielen Bürgerinnen und Bürgern der klassische Funktionärstyp eher unattraktiv ist.

Ich füge hinzu, auch wenn ich diesen Begriff selber nutze, keine Partei, kein Parteiapparat kann per se ohne Funktionäre auskommen; denn es muss Leute geben, die den Laden zusammenhalten und organisieren. Die Aversion des Publikums richtet sich jedoch gegen Parteigänger, gegen einen undurchsichtigen Parteiapparat, unabhängig von dem Wissen, dass Parteien einen Apparat benötigen, um arbeitsfähig zu sein. Was ich kritisch beleuchten möchte, ist, dass die Personalauswahl auf Delegiertenkonferenzen und Parteitagen – wo sich die Frau oder der Mann durchsetzt, die dies am ehesten bedienen können – bestimmt wird von dem, was ich den parteiverträglichen Kodex nenne.

Für einige Politiker ist es viel wichtiger, auf einem Parteitag 75 % zu bekommen als bei einer Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahl die Mehrheit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Davon ist ihre Karriere und die Wahrnehmung eines Mandats nicht abhängig, sondern sie ist abhängig davon, dass sie sich auf einer Delegiertenkonferenz oder einem Parteitag durchsetzen, nicht unbedingt bei einer Wahl.

Es gibt gelegentlich Mandatsträger, die teilweise um mehrere Punkte mit ihrem Erststimmenergebnis hinter dem Zweitstimmenergebnis der Partei liegen. Für diese Politiker ist die Bedrohung, mit Liebesentzug bestraft zu werden und von der eigenen Partei nicht wieder aufgestellt zu werden, von einer existen-



zielleren Bedeutung als die eigentliche Vorstellung und Bewerbung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei kommt ein Politikertypus heraus, der in seiner Realitätswahrnehmung von der der Wählerinnen und Wähler abweicht, weil er seine Sicht der Dinge anpasst und auf den parteiverträglichen Kodex ausrichtet. Dieser beschreibt das, was innerparteilich gerade noch inhaltlich vertreten werden kann.

Die zweite große Gefahr entlehne ich in längeren Beobachtungen keinem Geringeren als Peter Glotz, der einmal Bundesgeschäftsführer der SPD war. Er war wahrscheinlich einer der intellektuell interessantesten Leute, die diese SPD in den Achtzigerjahren aufzubieten

hatte. Glotz hat eine Unterscheidung zwischen den sogenannten Zeitarmen und Zeitreichen vorgenommen.

Die Zeitreichen sind diejenigen, die – ich gebe zu, auch vornehmlich im öffentlichen Dienst beschäftigt – die Möglichkeit haben, die Ochsentour in einer Partei zu absolvieren, Präsenz zu zeigen, beteiligt zu werden, bei Abstimmungen gegenwärtig zu sein. Es sind jene, die bei den Vernetzungstreffen die Zeit haben, sich eine Basis zu schaffen, eine Hausmacht zu erarbeiten. Es sind jene, die lange bei Parteitagen oder Ortsvereinsitzungen bis 23 Uhr oder Mitternacht dabei sein können. Aber diese Zeitreichen haben oft die geringste Nähe zu den gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Zeitarmer hingegen stehen mitten in einem beruflichen Leben, unabhängig davon, ob sie nun abhängig Beschäftigte oder unternehmerisch tätig sind, ob sie im wissenschaftlichen Bereich arbeiten oder ein Ehrenamt wahrnehmen. Sie sind konfrontiert mit den Veränderungen in dieser Gesellschaft. Sie haben ein Fieberthermometer für das, was in dieser Gesellschaft passiert.

Sie haben aber nicht die Zeit, an den Ritualen, Aufstellungsverfahren und Beteiligungsformen innerhalb einer Partei zu partizipieren. Also setzen sie sich in einer Partei auch nicht durch. Das bedeutet, dass etablierte Parteien somit – wie ich glaube – einen gewissen Realitätsverlust erleiden könnten. Dieser Realitätsverlust ist mit einer Distanzierung gegenüber – wie ich vorhin gesagt habe – der Realitätswahrnehmung derjenigen verbunden, die zur Wahl gehen sollen und einfach den Eindruck haben, Parteien seien völlig abgehoben und haben mit der realen Welt nichts mehr zu tun.

Natürlich kommt hinzu, dass Parteien objektiven Prozessen ausgesetzt sind, die zu einer Veränderung nicht nur des Parteienspektrums, sondern gegebenenfalls auch zu einer Änderung der Voraussetzung, unter denen heute Parteien antreten, führen. Das ist das, was ich zweitens als externe Einflüsse bezeichnen will.

Festzustellen ist, dass sich diese Gesellschaft über einen Schub der

Individualisierung und Pluralisierung deutlich ausdifferenziert hat. Sie ist vielfältiger geworden, sie ist bunter geworden. Das heißt, verglichen mit den 50er- und 60er-Jahren gibt es die klassischen Wählermilieus der alten Bundesrepublik nicht mehr, die parteipolitisch eindeutig zuzuordnen gewesen sind.

Ob das eher ein katholisch, agrarisch, mittelständisch, handwerklich geprägtes Milieu war, das eher die CDU/CSU gewählt hat, oder ob das eine städtisch geprägte organisierte Arbeitnehmerschaft, mit sehr vielen Angestellten war, die eine sehr stark in einer Aufstiegsmentalität verhaftete Wählerschaft gewesen ist, die eher die Sozialdemokratie gewählt hat – diese Milieus haben sich aufgelöst.

Sozialwissenschaftler sprechen inzwischen von ungefähr zehn unterschiedlichen sozialen Milieus, die sich teilweise überlappen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass das keineswegs schon das Ende dieses Prozesses einer Fragmentierung dieser Gesellschaft sein muss. Über diesen gesellschaftlichen Wandel lösen sich also die klassischen Wählermilieus auf und es wird der Wählertypus zunehmen, der nach Lage der Dinge in seinem Leben mehrfach sehr unterschiedliche Parteien, eventuell sogar alle demokratischen Parteien, wählt.

Dies geschieht auf der horizontalen Ebene – von Bundestagswahl zu Bundestagswahl – genauso wie auf der vertikalen Ebene – von einer Europawahl

über eine Bundestagswahl, Landtagswahl und Kommunalwahl, möglicherweise auch oft nach anderen Kriterien, wo gegebenenfalls der personale Faktor an Bedeutung gewinnt. Dieser Wählertypus könnte eher einem anglo-amerikanischen Muster folgen, in dem der parteipolitisch programmatische und ideologische Hintergrund eher an Bedeutung verliert und damit Kompetenzprofile wichtiger werden als Wertesysteme.

Das würde ich an sich bedauern, weil ich zu denjenigen gehöre, die keineswegs einen nackten Pragmatismus vertreten. In der Definition von Helmut Schmidt heißt es: »Pragmatismus in sittlicher Verantwortung«. Und das ist etwas grundsätzlich anderes.

Bei der geschilderten Entwicklung könnte verstärkt ein Politikertypus zum Zug kommen, der aus der Sicht der Wählerinnen und Wähler – und da trete ich das erste Mal in die Beete Ihrer Empfindlichkeiten – mehr Unterhaltungswert hat als Substanz. Einige von ihnen möchten ganz gerne so eine Mischung aus George Clooney, Einstein und Inge Meisel haben. Einige von Ihnen sind auch auf diesen Politikertypus sehr abgefahren. Der Glamour des Herrn zu Gutenberg hat Sie ja teilweise doch sehr fasziniert. Das heißt, es steht das im Vordergrund, was die Amerikaner Face nennen. Dies wird auch befördert durch eine mediale Vermarktung, die von diesen Politikern wiederum bedient wird.

Das finden Sie gar nicht so schlecht, denn gegebenenfalls richten Sie Ihre Sympathie für Politik auch danach aus, was Sie in der »Gala« oder in der »Bunten« lesen und nicht unbedingt danach, was sie in dem deutschen Qualitätsjournalismus von Woche zu Woche oder von Tageszeitung zu Tageszeitung lesen oder in den elektronischen Medien mitbekommen. Das heißt, Ihre Erwartung an den Politikertypus ist schon eine Mischung nach dem Motto: Natürlich soll er was in der Birne haben, aber er muss sich auf dem gesellschaftlichen Parkett ganz gut bewegen können, er muss einen gewissen Unterhaltungswert haben und dabei wechseln Sie, dass Politik eben nicht Unterhaltung ist.

Politik muss nicht humorlos sein, aber eine Unterhaltungsveranstaltung ist Politik garantiert nicht, sondern sie ist ein sehr ernsthaftes Geschäft.

Das heißt, es ist in Ihrer Verantwortung als Staatsbürger, welcher Politikertypus zum Zug kommt. Tatsächlich richten sich Ihre meisten Sympathien im Augenblick auf Politiker, die entweder nicht mehr im Amt sind oder inzwischen den Nimbus der Überparteilichkeit haben, was etwas damit zu tun hat, was ich am Anfang schon sagte: dass Sie den klassischen Parteipolitiker gar nicht so sehr mögen.

Einer der Politiker, der in Deutschland den Nimbus der Überparteilichkeit erreicht hat, aber meistens erst nachdem er nicht mehr im Amt war, ist Helmut Schmidt. Richard von Weizsäcker gehört

auch dazu und Gerhard Schröder bis zu einem gewissen Grad ebenfalls. Joschka Fischer hat diesen Status ebenso fast erreicht. Die sind Ihnen inzwischen eher geheuer als diejenigen, die nach wie vor Parteien repräsentieren.

Ich ende in wenigen Minuten mit einem übrigens deutlichen Plädoyer für Parteiendemokratie – nicht, dass Sie mich missverstehen. Aber meine Wahrnehmung ist, dass diese Politiker seitdem sie nicht mehr im Office sitzen und nicht mehr klar einer bestimmten Partei zuzuordnen sind, in Deutschland ein sehr hohes Ansehen genießen.

Ich habe davon gesprochen, dass sich Politik in einem sehr komplizierten Verhältnis zum Trend ihrer Vermarktung befindet bzw. zur Sehnsucht einiger, sie vermarkten zu wollen. Damit bin ich durchaus bei dem Mitwirken von Medien im Hinblick auf die Wahrnehmung von Parteiendemokratie und von Politikern in Deutschland. Die Selbstkritik soll bei mir nicht zurückstehen, aber ich mache zunehmend die Erfahrung, dass die Medien einem stärker werdenden ökonomischen Druck ausgesetzt sind.

Ich selber habe von der Ökonomisierung der Medien gesprochen und diese lässt sich am besten ausdrücken in einer Begrifflichkeit. Bis weit in die Siebziger- und Achtzigerjahre sprach man mit Blick auf die Medien von Verlagshäusern und heute redet man von Medienunternehmen – und darin finden sie den Wandel symbolisiert.

Die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten schlagen bisweilen so weit durch, dass Medien in einem zunehmenden Konkurrenzkampf auf allen Ebenen – elektronisch genauso wie Print – einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, in der sie Quote und Auflage machen müssen, indem sie auf sich aufmerksam machen. Sie müssen schlicht und einfach Käufer und Quote finden, und das tun sie am ehesten, indem sie der Sensation, teilweise dem Krawall, oftmals jedenfalls einem Trend folgen, der auf Banalisierung, Skandalisierung und scharfe Personalisierung zielt.

Personalisierung macht sich sehr gut. Deshalb machen sich auch alle Personalspekulationen sehr gut, selbst in einem so seriösen Magazin wie dem »SPIEGEL«. Was ich da allein im Überblick der letzten zwei Jahre an Personalspekulationen erlebt habe, haut jedem Fass den Boden aus. Es ist aber selbst für ein solches Qualitätsmagazin völlig ungefährlich, denn keiner fragt nach vier oder fünf Wochen, ob diese Personalspekulationen eingetreten sind. Keiner misst die Medien danach, was sie vorher geliefert haben, während die Aussagen der Politiker alle auf Wiedervorlage liegen, alle im Internet gespeichert sind und ihnen auch nach zwei Jahren noch um die Ohren gehauen werden können nach dem Motto »Was hat Steinbrück am 28. Februar um 17:35 Uhr zum Thema ›A‹ gesagt?«

Die umgekehrte Überprüfung dessen, was Medien berichten, findet nicht statt. Am meisten ist dieser Prozess, Aufmerksamkeit zu finden, inzwischen in den Online-Diensten. Denn diese Online-Dienste, die den Klick brauchen, leben davon, dass sie in einem vier- bis fünfständigen Abstand schlicht und einfach etwas so Neues und Aufregendes bringen müssen, damit der nächste Klick erfolgt. Und dieser erfolgt wiederum am ehesten, wenn es um Personen geht.

Bei einer Rede, die jemand gehalten hat, ist es erforderlich, dass Online-Dienste möglichst innerhalb von 60 Minuten reagieren, und ich mache die Feststellung, dass auf diese Rede inhaltlich gar nicht mehr eingegangen wird, sondern nur mit Blick darauf, wie adrenalin-gesteuert derjenige gewesen ist, der sie vorgetragen hat, und wie das dazu passt, was er vorher gesagt hat. Das heißt, in der Sache wird sehr viel weniger berichtet. Diese Online-Dienste können auch spielend etwas völlig Falsches berichten.

Ich habe selten erlebt, dass sie eine Korrektur nachgeschoben haben, sondern im günstigsten Fall nehmen sie ihre Meldung heraus. Aber keineswegs unterliegen sie einem Druck zu sagen, wir haben uns dort geirrt und der richtige Sachverhalt ist ein anderer und das richtige Zitat ist jenes.

Es gibt eine derart große mediale Aufmerksamkeit, die einen Strahl auf Politiker legt, der tendenziell dazu führt, dass Vorurteile, die es gegenüber Politikern

gibt, eher bestätigt werden. Dafür geben Politiker genügend Anlass, weil wir moralisch nicht besser sind als andere Menschen, weil es in der Tat Einzelfälle gibt, wo Politiker korrupt sind, versagt haben, schwere Fehlurteile – sogar Fehlentscheidungen – getroffen haben.

Es gibt Politiker, die sich bereichert haben, Vorteilsnahme gewährt haben oder einer unterlegen sind. Das ist alles richtig. Der Punkt ist nur, dass angesichts der Häufigkeit und in den immer kürzeren Abständen, in der dies medial zur Geltung gebracht wird, die politische Klasse inzwischen im Ansehen der Bevölkerung kurz hinter Wegelagerern liegt. Es ist kein Trost, dass Journalisten nur eine Stufe darüber sind.

Wenn ich so etwas sage, erfahre ich sehr schnell eine Reaktion von Journalisten nach dem Motto: Das sehen Sie völlig schief und das folge einer Tendenz, uns Vorschriften machen zu wollen, und dann sei gleich Pressefreiheit in Gefahr. Darum geht es nicht. Es geht darum, dass dieser Bereich der Gesellschaft sich sehr selbstkritisch darüber klar werden muss, inwieweit er an einem Prozess beteiligt ist, an dessen Ende in dieser Bundesrepublik Deutschland weder auf kommunaler Basis noch auf Landes- oder Bundesebene Frauen und Männer bereit sind, sich um ein politisches Mandat zu bewerben.

Sie sagen sich: »Warum soll ich mir das denn antun? Bin ich da im Ansehen der Bevölkerung auf der Ebene von

Wegelagerern, von Hausierern? Ich werde angemacht bei jeder Gelegenheit, insbesondere, wenn ich Kommunalpolitiker bin. Für jede ausgefallene Straßenlaterne werde ich verantwortlich gemacht, für jeden Kernstein, wenn mein Auto nicht hoch kommt, und meine Kinder werden in der Schule angegangen. Ich sitze fest in abendlichen Sitzungen bis 24 Uhr, während die anderen die Sportschau bei einem Glas Pils oder Pinot Grigio sehen können.«

Meine ganze Verwandtschaft sagt: »Du bist doch wohl bescheuert, dich da irgendwo zu engagieren. Komm doch lieber zum Fußball- oder zum Tennisspiel!« Die Ehefrau oder der Ehemann sagen: »Du warst schon wieder nicht beim Elternabend der Kinder, weil du mit deiner blöden Partei irgendwo herumgehockt hast!«

Das kann das Ergebnis sein. Das Ergebnis kann sein, dass sie bei einer Landtagswahl oder bei einer Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, was ich am besten übersehe, für 10.000 Mandate keine Frauen und Männer mehr finden, die sich bewerben.

Was heißt das für die demokratische Substanz einer Gesellschaft?

In der Darstellung von Politik überwiegen einige Wahrnehmungen, auf die ich in einer vorletzten Bemerkung gern eingehen will. Die erste Wahrnehmung ist, dass Parteien als Ort monolithischer Geschlossenheit dargestellt werden. Die gegenläufige Kritik lautet: Wo findet



dort der kritische und teilweise kontroverse Diskurs statt? Wenn er dort aber stattfindet, dann werden diese Parteien als völlig zerstritten – als ein wilder Haufen – dargestellt.

Man müsse sich endlich mal einigen, was man denn will. Anders ausgedrückt: Ein Parteitag der SPD, der alles durchwinkt, der völlig geschlossen auftritt, wo sich alle einheitlich verhalten, würde in der Berichterstattung einen Kommentar bekommen à la: »Langweiliger Parteitag der SPD«. Wenn sich da oben aber gefetzt und über die wirklichen Themen gerungen wird, kontrovers, rhetorisch gut, von mir aus auch angriffslustig,

dann wird die Kommentarlage lauten: »Eine völlig verstrittene SPD ist garantiert nicht kompetent und geeignet, irgendwo Regierungsverantwortung zu übernehmen.«

Das heißt, die Kommentarlage unterliegt einer gewissen Beliebigkeit. In Wirklichkeit müssten Parteitage natürlich in der Tat davon geprägt sein, dass gerungen und kontrovers debattiert wird. Weil aber alle befürchten, dass dies eine negative öffentliche Wahrnehmung und mediale Berichterstattung hat, verhalten sich alle viel disziplinierter, als es bestimmte Themen eigentlich verdienen.

Die zweite Wahrnehmung ist die negative Besetzung des Begriffes »Kompromiss« bei Ihnen als Bürgerinnen und Bürger. Es gibt immer Sieger und Besiegte, es gibt Gewinner und Verlierer. Es dauert nicht mehr lange, dann ist die Politik nicht mehr auf Seite 1, sondern taucht in der Sportberichterstattung auf. Es gibt inzwischen alle zwei bis drei Wochen Wertschätzungskurven für Politiker. Wer ist oben, wer ist unten, wer hat 0,5 dazugewonnen, wer ist bei 1,7, wer ist bei 1,8? Das heißt, wir haben längst eine Bundesligatabelle von Politikern.

Was heißt das? Diejenigen, die sagen: Oh, ich muss ja da langsam heraus aus

dem Abstiegsloch, verhalten sich einem Mainstream entsprechend. Sie versuchen, Liebesbeweise zu organisieren – so nach dem Motto: Ich werde nicht abgestraft. Die verhalten sich angepasst. Aber wollen wir durchweg angepasste Politiker haben?

Diejenigen allerdings, die das wichtigste, in meinen Augen konstitutive Element einer Demokratie verkörpern, nämlich zwischen widerstreitenden Kräften irgendwann zu einem Kompromiss zu kommen, das sind die Kompromissler, und in Deutschland ist der Kompromissler seit jeher negativ konnotiert. Wir Deutschen treten ja immer sehr grundsätzlich an: Hier stehe ich, ich kann nicht anders.

In Wirklichkeit ist der Kompromiss – wie man in alteingeübten Demokratien feststellen kann – genau der Kick, den wir brauchen, um diese Gesellschaft zusammenzuhalten.

Die dritte Wahrnehmung ist, dass es inzwischen in der Vermittlung von Politik eine Art Ereignis- und Ergebnisfixierung gibt. Das Ereignis an sich ist dasjenige, was in Ihren Köpfen ist, der Auftritt bei internationalen Konferenzen oder dergleichen. Dabei fehlt das Verständnis dafür, dass Politik ein ewiger Prozess ist, der nie zu einem Ende kommt.

Schauen Sie sich die Debatten zur Altersversorgung oder zu einer Gesundheitsreform der Bundesrepublik Deutschland an. Das sind Prozesse! Das Verständnis zu wecken, dass Politik und



Demokratie Prozesse sind, in denen es immer ein stufenweises Voranschreiten – gelegentlich sind es auch zwei Schritte an die Seite, manchmal sogar ein Schritt zurück – gibt und die nicht allein davon leben, dass irgendwann ein geheiligtes, auf Ewigkeit in Stein gemeißeltes Ergebnis vorliegt, muss sehr viel stärker geweckt werden.

Der Herr Landtagspräsident hat gerade ein sehr aktuelles Beispiel gegeben, indem er von der Konferenz der Präsidenten der deutschen Landtage berichtet hat nach dem Motto: Wir wollen eine weitere Föderalismusreform, wir wollen einen neuen Länderfinanzausgleich. Glauben Sie mir, das ist das komplexeste

Thema der Innenpolitik, das es gibt. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich habe das letzte Mal über drei Jahre an den Verhandlungen teilgenommen. Jetzt wollen die Landtagspräsidenten auch noch ein Stimmrecht haben. Wo kommen wir da hin? Dann wollen die kommunalen Spitzenverbände ein Stimmrecht haben. Diese bunten Länderfinanzbeziehungen oder Länderländerfinanzbeziehungen – davon, Herr Rößler, verstehen in Deutschland nur noch drei Leute etwas, nicht mehr. Der eine ist tot, der zweite ist in der Psychiatrie und der dritte bin ich – und ich habe alles vergessen.

Worauf ich hinaus will, ist das Prozesshafte in der Politik. Dieses Thema ist ein klassisches Beispiel und natürlich kommt es auf die Tagesordnung. Wer nach der letzten Föderalismusreform II geglaubt hat, die Regelungen seien nun für dreißig oder vierzig Jahre in Stein gemeißelt, hat natürlich schon deshalb einen Irrtum begangen, weil wir alle wissen: 2019 ist mit dem Auslaufen des Solidarpaktes II ein Datum, an dem dieses Thema spätestens auf die Tagesordnung kommt. Aber Sie können es ja vorher betreiben, das Prozesshafte.

Es ist erstaunlich, welche Bringschuld Politikern in Deutschland abverlangt wird. Das ist fast eine Überforderung. Wenn etwas kommunikativ nicht funktioniert, ist es das Versagen in der Kommunikation der Politiker.

Ich gebe zu, in vielen Fällen ist das der Fall, aber die Überforderung der Politik

bezüglich ihrer Bringschuld ist ungeheuerlich und steht in einem Missverständnis zu der Unterforderung der Holschuld von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Da werde ich garstig.

Wie kommen Sie eigentlich immer auf die Idee, dass die Politik in der Vermittlung versagt hat? Vielleicht haben Sie versagt, mal abzurufen, was die Politik Ihnen bietet und was Ihnen übrigens in vielerlei Informationskanälen auch geboten wird. Nein, Sie sitzen da sehr gern in Ihrem bequemen Stuhl und sagen: Jetzt komm mal mit der Gabel und das möchte ich sehr konsumfreundlich von dir haben. Gelegentlich müssen Sie sich anstrengen. Stellen Sie sich mal vor, Demokratie ist anstrengend!

So leicht lasse ich Sie da nicht aus der Klammer. Sie haben eine Holschuld als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und wir als Politiker haben nicht nur eine Bringschuld. Ein bisschen mehr Aktivität, statt nur zu sagen: Diese Idioten da oben, die haben mir das ja nicht richtig erklärt. Vielleicht waren Sie auch gar nicht in der Lage oder willens, die Erklärung abzuholen, wenn die Sachverhalte immer komplexer und schwieriger werden. Ich komme in einem 90-Sekunden-Statement bei privaten Fernsehsendern gar nicht mehr dazu, Ihnen eine komplizierte Steuerreform zu erklären, zumal ich am besten ein Opening Shot bringen muss und eine gute Schlussapothek, dann habe ich nur noch 60 Sekunden.



Sie wollen von mir in 60 Sekunden die Finanzmarktkrise in Europa erklärt haben. So läuft das nicht. Das heißt, wir haben es auch auf der Rezipientenseite mit Erscheinungsformen zu tun, die zu einer gewissen selbstkritischen Betrachtung einladen.

Letzte Bemerkung: Ich bin ein deutlicher Verfechter der Parteiendemokratie, mache allerdings alle Parteienvertreter und mich selbst darauf aufmerksam, dass in – ich glaube – Artikel 21 Abs. 1 des Grundgesetzes steht: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung mit.

Das ist ganz wichtig. Dies führt nämlich dazu, dass sich die Parteien stärker selbst beschränken werden müssen.



Sie wirken nur an der Willensbildung mit. Das eigentliche Zentrum der Willensbildung sind nicht die Parteien, nicht ihre Parteitage, sondern die Parlamente. Dort findet die Willensbildung durch demokratisch legitimierte Abgeordnete statt. Deshalb ist mein erster Rat mit Blick auf die – wie ich glaube – strukturellen und kulturellen Anforderungen an Parteien im 21. Jahrhundert, dass sie diesen Bestimmungen des Grundgesetzes Artikel 21 Abs. 1 folgen und sich sehr viel stärker selbst beschränken, übrigens auch mit Blick auf die Einflussnahme von öffentlichen Institutionen.

Parteien werden sich, zweitens, öffnen müssen, thematisch, kommunikativ und



auch personell. Es kann in dem einen oder anderen Fall auch sinnvoll sein, dass Parteien sich verständigen – zum Beispiel auf parteilose Kandidaten, auf einen bestimmten fachlichen Sachverstand, auf einen bestimmten sozialen oder beruflichen Hintergrund. Dass sie quasi die Plattform der Flugzeugträger sind, mit deren Hilfe politisch Interessierte, aber gegebenenfalls nicht parteipolitisch Gebundene, durchaus in die Lage versetzt werden, sich im parlamentarischen Raum zu artikulieren. Wir wären gut beraten, Menschen einzuladen, an Informationen teilhaben zu lassen, übrigens auch über die digitalen Möglichkeiten, ohne sie gleich zu instru-

mentalisieren und in Anspruch zu nehmen.

Die Neugier mitzumachen gibt es übrigens bei jüngeren Leuten, bezogen auf ein Projekt, aber nicht mit Bezug darauf, sich lebenslang in einer Partei verhaften zu lassen. Darauf sind wir bisher nicht eingestellt. Das gilt auch für Kommunikations- und Veranstaltungsplattformen. Vielleicht ist es wichtiger, zunehmend Veranstaltungsformen zu finden, wo von 100 Teilnehmern im Saal nicht 99 Sozialdemokraten sind. Ich hätte ein Interesse daran, dass es Veranstaltungen sind, in die Menschen eingeladen und neugierig gemacht werden, die noch nie einen Sozialdemo-

kraten oder umgekehrt einen Christdemokraten erlebt haben. Sie kommen dann vielleicht zu dem Ergebnis, dass die Sozis doch mit Geld umgehen können.

Das heißt, es wird Veränderungen geben müssen mit Blick auf die – wie ich sie genannt habe – thematische organisatorische und kommunikative Öffnung. Aber ich war stehengeblieben, dass ich Anhänger dieser Parteiendemokratie bin.

Eine ganz einfache Frage an Sie:

Wer anstelle demokratisch verfasster Parteien soll denn in Deutschland demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidungen unter Wahrung eines Minder-

heitsschutzes organisieren? Solange Sie mir diese Frage nicht beantworten können, bekommen Sie mich an den Hals mit Blick auf ein Überkippen Ihrer verständlichen Kritik an den Parteien in eine Art Verachtung. Sie können mir diese Frage nicht beantworten. Sollen es Bürgerinitiativen sein, hoch volatil, sehr stark auf ein spezifisches Thema fokussiert? Sollen es Meinungsumfragen mit Ergebnissen sein, deren Ergebnisse davon abhängig sind? Soll es ein Ältestenrat sein, natürlich nur bestehend aus alten Männern? Soll es eines Tages vielleicht Ihre Fernsehbedienung machen, wo Ihnen gesagt wird, für die Lösung A drücken Sie bitte die Taste 1 und auf die Lösung B drücken Sie bitte die Taste 8?

Solange Sie mir nicht sagen können, wer demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidungen in einer offen und hoch ausdifferenzierten Gesellschaft mit 80 Millionen Einwohnern herbeiführen kann, sodass wir uns nicht die innere Friedfertigkeit dabei beschädigen, bitte ich Ihre Distanz und Kritik gegenüber diesem Parteienwesen in Grenzen zu halten.

Ich glaube, dass Parteien sich werden ändern müssen, aber dass die demokratische Substanz dieser Gesellschaft maßgeblich beschädigt würde, wenn eine Distanzierung gegenüber Parteien in Verachtung umschlagen würde, so wie ich es eingangs skizziert habe.

In dem Zusammenhang bin ich ein deutlicher Anhänger des repräsentativen

Systems und teile nicht die Auffassung, die im Augenblick von den Piraten am deutlichsten mit Blick auf eine sogenannte Liquid Democracy vertreten wird. Das Ergebnis einer solchen Liquid Democracy ist, dass die Zeitreichen die Entscheidung treffen. Das sind nämlich diejenigen, die computer- oder internet-affin sechs Stunden lang am Tag am Computer sitzen, während all die Zeitarmen, auch der arme Malocher, der irgendwo im Stahlwerk den Stahlabguss sticht, nicht in der Lage sind, sich daran zu beteiligen. Es würde eine elitäre Herausbildung von Leuten geben, die über dies, was Liquid Democracy genannt wird, die Entscheidungen prägen würden.

Ich glaube, dass die Fehlerorientierung eines solchen Musters viel größer ist als die Fehlerorientierung einer repräsentativ parlamentarisch verfassten Demokratie. Deshalb sage ich: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Das, was Ihnen dort als Partizipation, als Beteiligung »vorgegaukelt« wird, reduziert sich nachher auf einige Wenige, die einen unverhältnismäßig hohen Einfluss ausüben können, insbesondere, wenn die Abstimmungsrechte, die Sie bekommen haben, auch noch von anderen an Sie adressiert werden. Das bitte ich gelegentlich sehr kritisch zu hinterfragen.

Dieses parlamentarische, von Parteien geprägte System hat über die letzten sechzig Jahre in der Bundesrepublik und seit zwanzig Jahren auch hier in Dresden

ein enormes Ausmaß an Frieden, Freiheit, unternehmerischen Möglichkeiten, sozialem Ausgleich gebracht, sodass ich derselben Auffassung bin, die sinngemäß – glaube ich – Churchill mal artikuliert hat: »Die Demokratie ist das zweitbeste System, das ich kenne.

Das Beste habe ich nie kennengelernt.«  
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Vorstellung der Teilnehmer an der Podiumsdiskussion



**Dr. Martin Doerry,**  
stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«

Dr. Martin Doerry wurde am 21. Juni 1955 in Veerßen bei Uelzen geboren. Im Anschluss an das Abitur studierte er Germanistik und Geschichte in Tübingen. Nach einem Aufenthalt als Stipendiat an der Universität Zürich im Jahre 1978 und dem Ersten Staatsexamen erhielt er 1983 ein Promotionsstipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung. 1985 promovierte er in Geschichte.

Von 1985 bis 1987 arbeitete Doerry als Reporter im SDR-Studio Karlsruhe und wechselte Ende 1987 zum SPIEGEL-Verlag als Redakteur im Ressort Deutschland II, Bereich Bildungspolitik. Im Oktober 1991 übernahm er zusammen mit Dr. Mathias Schreiber die Leitung des Ressorts Kultur II (Feuilleton). Seit November 1996 leitete er zusammen mit Dr. Gerhard Spörl das Ressort Deutsche Politik.

Am 1. August 1998 wurde Martin Doerry zum stellvertretenden Chefredakteur der Zeitschrift DER SPIEGEL ernannt.



**Dr. Matthias Röbner, Landtagspräsident**

Geboren am 14. Januar 1955 in Dresden.

Matthias Röbner ist promovierter Ingenieur und kam durch die Friedliche Revolution in die Politik. Als Mitglied der Partei »Demokratischer Aufbruch« wirkte er 1989/90 am Runden Tisch und im Koordinierungsausschuss zur Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen mit. Er gehört seit 1990 für die CDU dem Sächsischen Landtag an und war von 1994 bis 2002 Kultusminister und anschließend von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Seit 2009 ist er Präsident des Sächsischen Landtags.

Er ist Herausgeber des Sammelbandes »Einigkeit und Recht und Freiheit – Deutscher Patriotismus in Europa« und einer Reihe von Veröffentlichungen insbesondere zur Friedlichen Revolution und zur Bilanz der Deutschen Einheit.



**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator**

Wolfgang Donsbach ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden, Gründungsdirektor sowie amtierender Direktor des dortigen Instituts.

Geboren wurde er am 9. November 1949 in Bad Kreuznach. Nach dem Abitur 1968 in Bad Kreuznach folgte ein Studium an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Promotion (1981) und Habilitation (1989) erfolgten ebenso an der Universität Mainz.

Nach Dresden führten ihn berufliche Stationen an den Universitäten Dortmund, Mainz und FU Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind Journalismus, öffentliche Meinung, politische Kommunikation und Rezeptionsforschung. Er ist dauerhafter Gastprofessor an der Universidad de Navarra in Pamplona, Spanien.

Wolfgang Donsbach ist außerdem Kultursenator des Freistaates Sachsen. Er hat neun Monographien verfasst und fünf Buchpublikationen herausgegeben. Daneben zeichnet er als Autor von rund 150 Beiträgen in Fachzeitschriften und Büchern.



**Peer Steinbrück, MdB**

Geboren am 10. Januar 1947 in Hamburg. Von 1970 bis 1974 Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft in Kiel; Abschluss als Diplom-Volkswirt.

Von 1974 bis 1982 war Peer Steinbrück in verschiedenen Funktionen für das Bundesbauministerium, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bundeskanzleramt und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin tätig.

Für die SPD-Bundestagsfraktion war er von 1983 bis 1985 tätig, ehe er 1985 in das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft nach Nordrhein-Westfalen wechselte und dort schließlich von 1986 bis 1990 Leiter des Büros des Ministerpräsidenten Johannes Rau war.

Zunächst als Staatssekretär und ab Mai 1993 als Minister war Peer Steinbrück von 1990 bis 1998 in Schleswig-Holstein. Er kehrte zurück nach Nordrhein-Westfalen und wurde Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr und ab 2000 Finanzminister. Das Amt des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen bekleidete er von 2002 bis 2005. Dem Landtag gehörte er von 2000 bis 2005 an.

Von 2005 bis 2009 war er stellvertretender Vorsitzender der SPD und Bundesminister der Finanzen. Er ist seit Oktober 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages.



**Petra Köpping, MdB**

Geboren am 12. Juni 1958 in Nordhausen. Nach ihrem Abitur 1977 in Grimma begann sie ein Studium der Staats- und Rechtswissenschaften, das sie 1985 mit dem Diplom abschloss.

Von 1989 bis 1990 war Petra Köpping Bürgermeisterin der Gemeinde Großpöna. Darauf folgte eine vierjährige Tätigkeit als Außendienstmitarbeiterin der Deutschen Angestellten-Krankenkasse. Von 1994 bis 2001 bekleidete sie erneut das Amt der Bürgermeisterin der Gemeinde Großpöna und war danach von 2001 bis 2008 Landrätin des Landkreises Leipziger Land. Im Jahr 2009 war die Markkleebergerin bis zum 30. August 2009 als Kommunalberaterin der Sächsischen Aufbaubank in Dresden tätig.

Zur Landtagswahl 2009 zog sie über die Landesliste für die SPD in den Sächsischen Landtag ein und gehört diesem in der 5. Legislaturperiode zum ersten Mal an. Seit 2006 ist sie Mitglied der SPD und derzeit stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Sachsen.

Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Wirtschaft, Kommunalpolitik sowie für Wohnungsbau und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag sowie Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und im Innenausschuss.



**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Vielen Dank. Ich glaube, bei einem kann ich Sie beruhigen. Wir haben einen guten Start gemacht. 99 % SPD-Mitglieder haben Sie in diesem Saal nicht. Das liegt auch ein bisschen an Sachsen. Also, Sie haben einen ersten Aufschlag gemacht, um sozusagen Politik zu verändern.

Ein paar Worte noch zu Herrn Steinbrück. Die werde ich dann auch noch zu den anderen Diskutanten machen. Er hat ja angefangen in der Politik als Referent für verschiedene Bundesministerien, hat das Büro von Ministerpräsident Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen geleitet, war dann in Schleswig-Holstein als Staatssekretär, als Minister und kam zurück nach Nordrhein-Westfalen und war dort zunächst Finanzminister und dann Ministerpräsident.

Als er die Wahl verloren hatte, nämlich 2005, ging er dann in den Bund als Bundesminister der Finanzen. Das ist ja auch gar nicht so ein untypischer

Karriereweg, wenn man eine Wahl in einem Land verliert, dass man dann zum Bundesminister avanciert.

**Peer Steinbrück, MdB:** War da eine gewisse Ironie zu spüren?

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Nein, gar nicht. Das ist eine gewisse Anerkennung. Sie sind stellvertretender Vorsitzender der SPD gewesen und sind seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Das Buch wurde erwähnt. »Unterm Strich« heißt es. Es ist sehr lesenswert – und wie ich im Vorwort gelesen habe, ist jedes Wort selbst geschrieben. Darauf legen Sie Wert. Darauf muss man ja heute Wert legen, wenn Politiker ...

**Peer Steinbrück, MdB:** Ich wusste nicht, wie aktuell das werden könnte.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Genau. Das war noch vor dem Herrn, bei dem das nicht so der Fall war.

Ich darf Frau Petra Köpping nach vorn bitten. Sie ist ja auch schon angesprochen worden. Sie war 7 Jahre Bürgermeisterin in Großpösna – das liegt so südöstlich von Leipzig – und 7 Jahre Landrätin im Landkreis Leipziger Land und sitzt seit 2009 für die SPD im Sächsischen Landtag.

Sie ist Mitglied des Innenausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Sie schreibt auf ihrer Homepage: »Ich stehe für soziale Gerechtigkeit, für alle Kinder und Jugendlichen, für eine tatkräftige Unterstützung der Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft, für die Stärkung der ländlichen Räume und dafür, dass der Lohn für den Lebensunterhalt ausreicht.« Das sind also relativ konkrete Aussagen, die nicht dem entsprechen, was Sie gesagt haben über die Grundlagen, die Basis usw., sondern die konkrete politische Ziele vorgeben.

Unser Nächster in der Runde ist Dr. Martin Doerry. Er ist einer von zwei

stellvertretenden Chefredakteuren des »SPIEGEL«. Dessen früherer Herausgeber Augstein hat ihn einmal »das Sturmgeschütz der Demokratie« genannt. Dr. Doerry ist promovierter Historiker, war zunächst beim Süddeutschen Rundfunk und wechselte bereits 1987 zum »SPIEGEL«. Er war zunächst für Bildungspolitik zuständig, dann Leiter des Feuilletons, Ressortleiter für deutsche Politik und ist bereits seit 14 Jahren stellvertretender Chefredakteur.

Einige von Ihnen werden ihn vielleicht auch kennen. Er hat ein Buch herausgegeben und das heißt »Mein verwundetes Herz. Das Leben der Lilli Jahn«. Das sind 250 Briefe aus dem Briefwechsel zwischen der jüdischen Großmutter Lilli Jahn und ihren Kindern. Diese Briefe stammen aus dem Nachlass von Gerhard Jahn. Gerhard Jahn ist der ehemalige Justizminister in der Regierung Brandt-Scheel und das ist sein Onkel, wenn ich das richtig gelesen habe. 2006 erschien

ein weiteres Buch »Nirgendwo und überall zu Hause. Gespräche mit Überlebenden des Holocaust«.

Der Hausherr, Dr. Matthias Röbler – es wurde schon erwähnt, dass er an einer Universität studiert hat, welche damals noch nicht, aber heute Exzellenzuniversität ist – wurde promoviert zum Dr. Ing. an der Hochschule für Verkehrswesen. Er war Mitglied des Demokratischen Aufbruchs und seit 1990 hat er ein Direktmandat im Landtag. So viel zu Mehrheiten, die Politiker haben können.

Er war Kultusminister und danach Minister für Wissenschaft und Kunst und damit eine Zeit lang auch mein Vorgesetzter, mein Dienstherr als Universitätsprofessor. Seit 2004 ist er finanzpolitischer Sprecher der CDU und Mitglied der Grundsatzkommission der CDU Deutschland, Vertreter der deutschen Landtage in der Föderalismuskommission und seit 2009 ist er Präsident des Sächsischen Landtags,

und das kann man ja eine Zeit lang sein, wie man an dem Vorgänger gesehen hat.

Es haben alle ihr Fett weg bekommen! Den Vortrag von Herrn Steinbrück fand ich übrigens beeindruckend. Er hat nicht einmal auf sein Blatt schauen müssen. Ich mache das ständig. Das zeigt vielleicht schon gewisse Unterschiede. Sie haben gesagt, Sie haben alles vergessen. Ihre Reden gehören offensichtlich nicht dazu, sondern das, was Sie in bestimmten Sachbereichen der Politik vergessen wollen. Alle haben ihr Fett weg bekommen. Eine Kollegin von mir, eine amerikanische Kommunikationswissenschaftlerin, hat einmal gesagt: Die drei Hauptelemente der Demokratie, die schaffen es jeweils, das Schlechteste herauszuholen.

Die Bürger, die Parteien und die Medien treiben sich sozusagen zu negativen Höchstleistungen nach vorn. Ich möchte mal anfangen mit der Politik, Frau



Köpping. Sie haben mir vorhin schon mehr so zugeraunt, dazu möchten Sie etwas sagen, und das betraf – glaube ich – das Innerparteiliche.

Was Herr Steinbrück über die Vorgänge innerhalb der Parteien gesagt hat, über die Fehler, die Sie machen – ich denke, wir sollten vor allem über die Fehler, die alle drei Hauptbeteiligten machen, reden, um dann nach Lösungen zu suchen. Sie haben ja einige angedeutet. Stimmt das? Ist das das Bild, welches Sie auch haben, als jemand, der in der Landespolitik aktiv ist?

**Petra Köpping, MdL:** Das würde ich auf jeden Fall unterschreiben und bestätigen, zumal ich jemand bin, der nicht über die Parteischiene zu dieser Landtagsabgeordnetentätigkeit gekommen ist, sondern eben ganz klassisch außerhalb der Partei.

Ich war viele Jahre parteilos als Bürgermeisterin und Landrätin tätig. Ich war schon sehr verwundert. Ich stand in dem

Parteikram und erlebte die Mechanismen. Ich wurde das erste Mal stellvertretende Landesvorsitzende und als diese Wahlveranstaltung war, da wurde ich vorher gefragt: Hast du denn mit allen mal gesprochen? Ich sagte: Nein. Ich stelle mich doch vor. Ich stelle mich doch da vorn hin und erzähle den Leuten, was ich gerne möchte – und dann können sie mich wählen oder eben nicht. Also diese Mechanismen, dass man in der Partei Karriere macht, über eine Partei Karriere macht, kannte ich nicht und das war eine neue Erfahrung, die ich auch nicht für sonderlich gut halte.

Weshalb ich mich ein bisschen gemeldet habe, war diese Art der Kommunalpolitik, die Herr Steinbrück angesprochen hat. Ich glaube, da fehlt ein großer Fakt, warum das Interesse auf kommunaler Ebene nicht mehr vorhanden ist. Dass man sich in Gemeinderäten, in Stadträten, auch Kreistagen engagiert, das ist für mich eine ganz klassische Aussage, die Leute haben aber nichts

mehr zu entscheiden. Die Städte und Gemeinden haben ihre Pflichtaufgaben, die sie entscheiden. Da muss ich die Hand heben. Wenn ich es nicht tue – hier sitzt ja auch ein Landrat –, da muss ich als Landrat in den Widerspruch gehen und die Freiwilligkeitsleistungen, – ich kenne das aus meinem alten Landkreis, dem Leipziger Landkreis – liegen bei 0,2 %. Das ist eine Entscheidungshoheit, wo einfach nichts mehr zu entscheiden ist. Wohin soll ich da setzen?

All die Nachteile, die Sie gut beschrieben haben, Familie, berufliche Karriere, andere Dinge, wie soll ich diese denn eigentlich verteidigen, wenn ich sowieso nichts zu entscheiden habe und mir ein Stück vorkomme – bitte entschuldigen Sie das Wort – wie ein Stimmvieh?

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Ist das denn dann auf den darüber liegenden Ebenen anders, Herr Steinbrück, also im Land, im Bund?

Frau Köpping hat von der Fast-Unmöglichkeit gesprochen, politischen Nachwuchs überhaupt zu rekrutieren, weil viele sich das nicht mehr antun wollen. Hat man dort noch den Nachwuchs, der sozusagen mit den Hufen scharrt und in die Politik will, weil es dort ja noch etwas zu entscheiden gibt, anders, als Frau Köpping das für die Gemeinden beschreibt?

**Peer Steinbrück, MdB:** Das ist abhängig von der Finanzausstattung. Ich gebe Frau Köpping recht. Die Finanzausstattung der Kommunen überall in Deutschland – Ost, West, Nord, Süd, große Länder, kleine Länder – ist so angespannt, dass es kaum noch Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind auf der Landtags- und Bundestagebene sicher größer. Wahrscheinlich sind sie auf Bundesebene noch etwas größer, weil die Haushalte der Länder stärker verkarstet sind als der Bundesetat.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Kommen wir mal zu den anderen, den Bürgern und den Medien. Ich fange mal mit den Medien an. Diese haben ja das meiste Fett abbekommen. Es gibt ja ein eigenes Kapitel über die Medien in dem Buch. Man merkt auch in der Verve, mit der Herr Steinbrück über die Medien spricht, dass da wohl auch einiges hängengeblieben ist in der Auseinandersetzung in vielen, vielen Jahren.

Ziehen Sie sich den Schuh an zu dem, was er gesagt hat, oder wo würden Sie Abstriche machen?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Das waren ziemlich viele Schuhe. Ich weiß gar nicht, welchen ich nehmen soll.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Wir kommen ja auch bei diesem Thema noch auf die Details zu sprechen. Ich meine jetzt im Hinblick darauf, dass die Medien mit dazu beigetragen haben, wo

wir heute stehen, zusammengefasst – ich sage mal – mit relativ hohem Desinteresse und Politikverdrossenheit. Haben die Medien dazu beigetragen?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Das kann man gar nicht so einfach beantworten, denn ich komme mit einer ganz anderen Analyse als Herr Steinbrück. Ich sehe die Welt nicht so finster und auch unsere politische Verfassung nicht so düster. Ich fange mal bei den Medien an. Wir haben die beste und vielfältigste Medienlandschaft, die wir je in Deutschland hatten. Wir haben eine Vielfalt von Meinungen und auch von Meinungen, die unabhängig sind von Verlegern und ihren Positionen, in deutschen Zeitungen, Magazinen und in den Medien, die so groß noch nie war.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Darf ich gleich mal dazwischen etwas dazu sagen: Er hat ja gesagt, früher waren es Verlagshäuser, und da meinte



er wahrscheinlich: Dahinter standen auch die Verlegerpersönlichkeiten. Diese standen für eine redaktionelle Tendenz. Sie halten das für einen Fortschritt.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur**

»DER SPIEGEL«: Ich halte das für einen großen Fortschritt, dass sich die Redaktionen heute weitgehend emanzipieren von Verlegern, die Kurse vorgeben. Es gibt Chefredakteure, die bestimmte Kampagnen fahren. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber Chefredakteure wechseln viel häufiger als Verleger. Ich glaube, das hat auch mit zu einer Vielfalt unseres Pressewesens beigetragen. Die Zeitungen, insbesondere die Tages- und Regionalzeitung, die überregionalen und regionalen haben einen Qualitätsschub erlebt in den letzten Jahrzehnten, der gewaltig ist. Wenn Sie sich mal eine »FAZ« aus den Fünfzigerjahren anschauen, das war Verlautbarungsjournalismus und äußerst langweilig. Heute ist das eine lebendige, aggressive Zeitung, die ständig Meinungen und Analysen

produziert, die es so früher nicht gegeben hat. Dasselbe gilt für die Süddeutsche Zeitung und für viele andere Zeitungen. Das gilt auch für die Regionalzeitungen.

Ich spreche jetzt nicht nur von den Zeitungen im Osten, die sich in den letzten zwanzig Jahren natürlich enorm verbessert haben. Das ist ein riesiger Qualitätssprung. Ich spreche auch von den Zeitungen im Westen. Also, ich bin gar nicht so pessimistisch. Ich glaube, die Zeitungen, die Medien – ich spreche jetzt vor allem von Printmedien – haben erheblich dazu beigetragen, dass wir eine lebendige Demokratie sind.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Darauf kommen wir auch noch mal zurück. Der Landtagspräsident als Vertreter des dritten Bereiches der Bürger, das passt ja sozusagen. Die Abgeordneten vertreten uns Bürger und Sie sitzen dem Landtag vor als Präsident. Beobachten Sie eine Veränderung im Interesse

für Politik? Beobachten Sie, dass es weniger Interesse gibt, dass sich die Menschen über Politik weniger informieren? Wie ist Ihre Erfahrung? Auch das spielte hier eine Rolle in dem Vortrag.

**Landtagspräsident, Dr. Matthias Röbler:**

Es ist ja so gewesen, dass wir in der Zeit des großen Aufbruchs nach 1990 auf jeden Fall mehr Interesse an Politik hatten. Es gab mehr Leute, die sich auf kommunaler Ebene engagiert haben. Das Interesse an Landespolitik war eindeutig größer.

Jetzt kann man sagen, es hat sich vielleicht nach der letzten Legislaturperiode etwas normalisiert und es ist schon so, dass das Interesse nach dieser Normalisierung nicht gestiegen ist. Ich denke, das liegt vor allem daran, dass es schwierig ist, den Unterhaltungswert – das hat Herr Steinbrück richtig gesagt – von Politik so zu gestalten, dass die Leute sagen: Das ist interessant, was die im Landtag machen. Das sind die Themen,

die uns bewegen. Das sind Leute, die das auch sehr überzeugend darstellen können.

Wir bemühen uns da auch sehr. Wir bemühen uns sehr um die freie Rede in den aktuellen Debatten. Ich denke, da gibt es durchaus einen Fortschritt. Das ist für uns eben sehr wichtig. Wir brauchen einfach das unmittelbare Sich-Kümmern vor Ort. Da bin ich eigentlich beim Thema.

Was muss ein Abgeordneter tun? Er muss sich klassisch kümmern um die Probleme der Leute vor Ort und natürlich damit auch um seine Wiederwahl. Ich bin immer – das ist ja sehr richtig gesagt worden – als direkt gewählter Abgeordneter in den Landtag eingezogen. Ich bin schon fünfmal nominiert worden. Was muss ich dafür tun? Ich muss mich zum Beispiel um jedes einzelne Parteimitglied in meinem Wahlkreis kümmern, damit möglichst viele merken, er engagiert sich. Die Leute kommen dann auch zu meiner Nominierungsveranstaltung.

Damit ich aber auch mit Mehrheit im Wahlkreis gewählt werde, muss man überall sein, muss sich kümmern, muss sich vor allem mit den Leuten unterhalten und wenn es auf Volksfesten ist.

Manche reden ja sogar von einer Kultur des Kümmerns, und diese brauchen wir. Ich denke, dann wird Landespolitik, Kommunalpolitik auch greifbar und die Leute sagen: Okay, die machen ihren Job gut.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Jetzt sehe ich aber einen Widerspruch zu dem, was Herr Steinbrück gesagt hat. Er hat ja von diesem Gegensatz gesprochen. Die Politiker kümmern sich vielmehr um ihre Ortsvereine und um ihre Mehrheiten in der Partei, in den Parteiversammlungen und kümmern sich nicht so sehr um das, was die Bevölkerung will.

**Landtagspräsident, Dr. Matthias Röbler:**

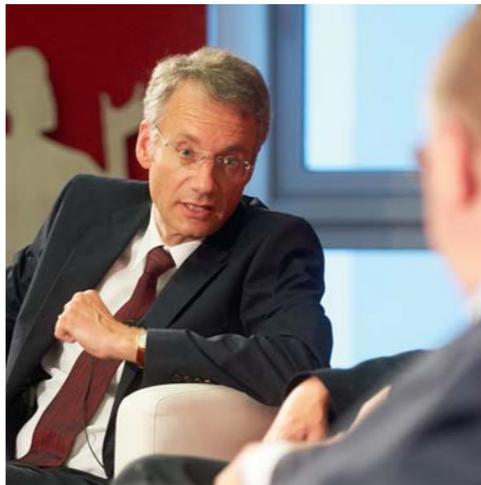
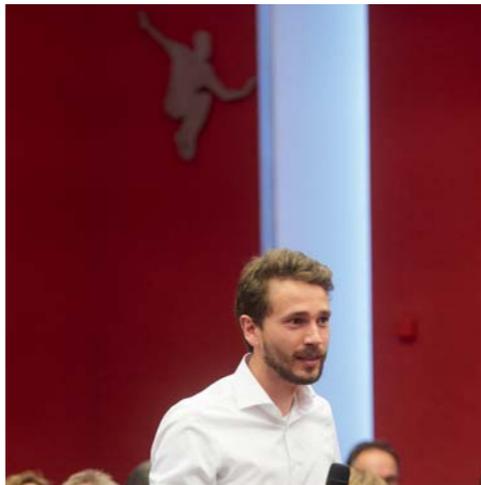
Ich habe immer direkt kandidiert und brauchte die Mehrheit erst bei der

Nominierungsveranstaltung und dann die Mehrheit in meinem Wahlkreis, jedenfalls die letzten fünf Mal.

Da muss man sich auch um jedes Einzelmitglied kümmern, das ist klar. Wir haben zum Beispiel das Basisprinzip, alle Parteimitglieder im Wahlkreis nominieren und dann müssen sie sich auch um diese kümmern.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Kommen wir noch einmal zurück in den politischen Bereich. Die Möglichkeiten, die Parteien, die Politiker haben, um sich anders darzustellen – was machen Sie konkret als eine Abgeordnete, die auch früher politische Ämter hatte, jetzt Abgeordnete ist, um Ihre Politik besser an Mann und Frau zu bringen? Werden Sie geschult, leben Sie von Vorschlägen, wie sie Herr Steinbrück in seinem Buch entwickelt hat, um das voranzubringen?





**Petra Köpping, MdL:** Also, erst einmal ist man ja selber politisch interessiert und sucht natürlich nach Themen, bei denen man sagt, da kann man sich weiterbilden und schulen. Vielleicht würde ich zwei Themen noch einmal aufgreifen. Das eine, was Herr Rößler sagt, ist das Sich-Kümmern des Abgeordneten vor Ort.

Ich glaube nicht, dass das das einzig ausschlaggebende Kriterium ist. Da wären ja alle SPD-Abgeordneten, die nicht direkt gewählt werden, nicht vor Ort und würden sich nicht kümmern.

Vielleicht anhand meines Beispiels: Ich habe die Landratswahl – in meinem Landkreis gab es eine Fusion – aber in meinem Landkreis, wo ich tätig war, mit 75 % gewonnen. Ein Jahr später war die Landtagswahl. Dort bekam ich 23 %. Das war auch das zweitbeste Ergebnis der SPD. Da sieht man den Unterschied, dass es also nicht nur darum geht, dass man sich kümmert. Es gibt auch eine politische Kultur in Sachsen, die eben

sehr CDU-geprägt ist. Die SPD hat einen schweren Nachholbedarf und das, was Herr Rößler in seinem Wahlkreis tut, muss ich fast sachsenweit machen. Damit ist natürlich der Wirkungsgrad auch wesentlich geringer.

Als Landtagsabgeordneter wird man wesentlich besser geschult als als Bürgermeister oder Landrat. Das muss man auch klar sagen. Als Bürgermeister ist man Einzelkämpfer. Da steht man irgendwo und muss ein Problem lösen, egal, ob das der Rechtsextremismus oder eine Straße ist, die plötzlich lauter Umweltgegner hat oder eine Bürgerinitiative, die sich um ein einziges Themenfeld kümmert. Dort ist eine politische Bildung weitaus mehr vonnöten. Dort hat man mehr Unterstützungsmöglichkeiten als zum Beispiel als Landtagsabgeordneter. Das, was mir auffällt, ist Folgendes:

Ich bekomme immer dann eine Presse in meinem Wahlkreis – das ist mein

Hauptthema, dass ich öffentlich werben kann, weil ich eben nicht so präsent sein kann wie vielleicht andere –, wenn alle Themen, die im Land besprochen werden, auf die kommunale Ebene herunterzubrechen sind. Ich versuche eine Sprache zu finden, die die Bürger vor Ort verstehen. Wenn ich über den Fiskalpakkt spreche, versteht den da unten kein Mensch. Ich kann den Bürgern nur sagen, was für ihn unmittelbar passiert, wenn wir in Dresden speziell etwas beschließen, um dann zu mobilisieren. Entweder ist es falsch oder auch richtig.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Herr Steinbrück, wie ist das auf der Bundesebene? Sie haben sehr viel über Sprache gesprochen und auch in dem Buch geschrieben, die Sprache der Politiker. Wie bringt man die Politiker dazu, so zu sprechen, dass sie verstanden werden? Ist das Programm oder überlässt man das dem einzelnen Naturtalent, dass das so kommt?

**Peer Steinbrück, MdB:** Sie sind offensichtlich ein Naturtalent. Das haben wir ja gemerkt. Aber das ist nicht jedem gegeben.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Das wäre etwas, wo man zunächst einmal ansetzen müsste, um Politik besser zu verkaufen – und das nicht nur gegenüber den Medien. Das können inzwischen viele, aber eben auch gegenüber der Bevölkerung.

**Peer Steinbrück, MdB:** Jeder muss selbst merken, wenn er nicht ankommt und durchdringt, wenn er feststellt, dass er mit all diesen geschwurbelten Fremdwörtern, mit vielen Anglizismen schlicht und einfach nicht mehr das Gehör der Menschen erreicht. Dann wird er oder sie sich selbstkritisch mit der Frage beschäftigen müssen: Wie breche ich das herunter auf Normal-sprache. Dazu sind manchmal auch Bilder ganz dienlich, selbst wenn sie überzeichnet sind.

Nie hatte ich ein besseres Bild als das mit der Kavallerie gegenüber der Schweiz im Zuge der Auseinandersetzung um eine bessere Bekämpfung von Steuerbetrug. Dieses Bild hat gesessen. Das meine ich nicht kokett, sondern möchte darauf hinweisen, dass ein Sprachmodus mit Beispielen, Bildern, von mir aus gelegentlich auch in einem humorvollen Ton deutlicher machen kann, worum es geht.

Aber das können Sie sich und anderen nicht verordnen, das können Sie auch nicht durch einen Parteitagsbeschluss herbeiführen, sondern es wird jeder individuell selber für sich lösen müssen.

Erlauben Sie mir zwei oder drei Sätze zu dem, was Herr Doerry gesagt hat. Nicht nur aus Höflichkeit bestätige ich, dass ich mich darüber freue, dass es in Deutschland nach wie vor einen fantastischen Qualitätsjournalismus gibt. Von jeder Auslandsreise komme ich begeistert wieder zurück und sage: Mensch,

wir haben es besser. Aber der Tendenz, die Sie so beschrieben haben, würde ich gern drei oder vier Entwicklungen entgegensetzen.

Viele Redaktionen bauen ihre Redaktionen ab, und zwar dramatisch. Viele gehen dazu über, 20- bis 25-jährige Praktikantinnen und Praktikanten zu beschäftigen, die zunächst gar kein Geld für ihre Arbeit bekommen.

Ich kann Ihnen Beispiele aus der Berliner Käseglocke, insbesondere von privaten Sendern oder elektronischen Medien, auflisten, die kabarettreif sind. Viele Redaktionen sind inzwischen unter dem ökonomischen Druck, den ich vorhin beschrieben habe, dazu übergegangen, sich nicht mehr der Agenturen zu bedienen. Dies führt dazu, dass viele Journalisten gar nicht mehr die Zeit haben zu recherchieren. Insbesondere stehen sie auch unter dem Druck einer wahn-sinnigen Beschleunigung, die zulasten der Qualität der Recherche geht.



Damit will ich nicht völlig quer zu dem liegen, was Herr Doerry sagte. Ich will nur darauf hinweisen, dass mein Bild von Medienunternehmen, die mehr denn je auf Betriebswirtschaft zu achten haben im Vergleich zu denjenigen, die sich als Verlagshäuser in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren definiert haben, in meinen Augen nicht ganz falsch ist.

Unter dem Druck der Klicks, der Quote und der Auflage findet etwas im deutschen Journalismus statt, was ich nicht so positiv sehe wie vielleicht einige andere. Was meine kritische Haltung betrifft, ist diese bitte nicht misszuverstehen. Ich bin froh darüber, dass es einen solchen Journalismus gibt, der Politik hinterfragt. Gelegentlich beklage ich ein bisschen: Wenn Politiker an dem Journalismus Kritik üben, dann haben die sehr schnell ein Glaskinn. Wenn ich umgekehrt so ein Glaskinn – bezogen auf die journalistische Charakterisierung von mir – hätte, dann müsste ich morgens im Bett bleiben.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Ich will nur auf diese Auseinandersetzung über die politischen Tendenzen kommen. Ich glaube, das ist etwas Zentrales, das etwas über das Verhältnis zwischen Medien und Politik aussagt. Da haben wir immer noch beide Positionen. Herr Doerry sagt: Das ist doch toll, dass wir heute keine vorgefertigten redaktionellen Tendenzen mehr haben und dass es dann vielleicht eine »FAZ« ist und eine »Welt«, die letztlich konservative Politiker zu Fall bringen. Das wäre früher nicht passiert, weil dann der Verleger sozusagen die Richtung vorgegeben hat. Nun, die »FAZ« hat keine Verleger – das ist ein schlechtes Beispiel –, aber sie hatte eine sehr viel ausgeprägtere Tendenz als heute.

Sie bedauern das. Ist Ihnen eine Medienlandschaft lieber, bei der Sie genau wissen, wo sie auch parteipolitisch steht?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:**

Ich weiß schon, was er meint. Natürlich ist es so, dass in vielen Redaktionen Personal abgebaut wird, dass in den elektronischen Medien nicht immer die Qualität gebracht wird, die man sich als journalistischer Kollege wünscht; das ist ganz klar. Auch die Arbeitsverhältnisse sind bei vielen Redaktionen im Journalismus prekärer.

Darin gebe ich Ihnen völlig recht, das ist beklagenswert. Ich glaube nur, wenn man da einen Strich darunter setzt, arbeiten – so glaube ich – in der Bundeshauptstadt so viele Journalisten, wie sie noch nie in einer deutschen Hauptstadt gearbeitet haben. Die pure Kopfzahl ist immer noch gewaltig, zumindest noch viel größer als früher. Es gibt schon ein journalistisches Bemühen, das zu schildern und zu beschreiben, was da in Berlin passiert, und das gelingt mal besser und mal schlechter. Es gibt gute und schlechte Politiker und es gibt eine

Menge schlechte Journalisten und gute, die gibt es auch. Also so ist die Welt.

Ich glaube nicht, dass wir da sehr viel weiter kommen, wenn wir unsere Berufsgruppen so gegeneinander aufrechten. Natürlich wird Politikern von Journalisten übel mitgespielt und Politiker spielen dem Publikum und ihren Wählern übel mit. Das ist eine Geschichte, die – so glaube ich – menschlich ist und über die wir nicht lange klagen sollten.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Da gibt es das schöne Bild in dem Buch von Braut und Bräutigam – das haben Sie, glaube ich, geschrieben, – also Medien und Politiker. Sie verhalten sich so wie Braut und Bräutigam, die versuchen immer das Niederträchtige herauszubekommen. Das Bild habe ich nicht verstanden. Ich dachte, Sie meinten vielleicht ein altes Ehepaar statt Braut und Bräutigam, denn am Anfang ist ja noch der Honeymoon, da geht ja alles wunderbar.

**Peer Steinbrück, MdB:** Braut und Bräutigam, ich weiß nicht, ob ich das erwähnt habe, aber ich wollte Herrn Doerry nicht unterbrechen.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Ich habe ja Herrn Doerry unterbrochen. Die Frage ist ja, hat sich das Verhältnis zwischen Journalisten und den Medien verbessert, nämlich dadurch, dass die Medien in der Tat bei uns neutraler geworden sind.

Wir versuchen das ja auch mit unseren Inhaltsanalysen. Wir finden, dass sie dieses klassische politisch-publizistische Spektrum nicht mehr haben, sondern die sind alle etwas in die Mitte gerückt, und ich beobachte es auch nicht wie Sie, was Sie jetzt geschildert haben, dass es mehr von Kommentaren und Meinungen gibt, sondern das ist eher weniger der Fall als früher.

Gleichwohl, die Boulevardisierungstendenzen sind ja da und man kann jetzt

wahrscheinlich nicht den »SPIEGEL« und die »FAZ« als Beispiel nehmen, sondern man muss sich mit dem auseinandersetzen, was die breite Bevölkerung nutzt – und da sieht es anders aus.

Da komme ich noch einmal zurück auf die Frage der politischen Bildung. Das war ja auch mal, als Sie noch Kultusminister waren, Ihr Thema. Müssen wir da mehr tun? Müssen wir die Menschen mehr für die Politik interessieren? Läuft da vielleicht auch in den Schulen etwas schief?

**Landtagspräsident, Dr. Matthias Röbler:**

Vielleicht noch mal zu den Medien. Die Medien stehen ja auch unter einem gewissen Druck. Warum bauen die Medien Personal ab, warum kommt es zur Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse? Denen gehen die Abonnenten aus. Hier in Sachsen haben nur noch ein Drittel der Haushalte eine Zeitung abonniert. Die meisten haben diese kostenlosen Wochenblätter. Das haben wir bei Untersuchungen festgestellt.



Zu 96 % lesen die Leute sie auch wirklich durch. Sie sind auf die elektronischen Medien festgelegt. Das bedeutet eigentlich – eine Feststellung, die muss ich hier bringen – immer weniger Abonnenten für Zeitungen. Wenn sich Qualitätsjournalismus vom Konsumenten her immer weniger lohnt, dann stellen sie sich natürlich entsprechend darauf ein. Dann bricht ihnen noch das Anzeigengeschäft zusammen. Da gab es Zeitungen – das habe ich mir erzählen lassen –, bei denen die Anzeigen 2008 um 40 % bis 50 % und mehr zurückgegangen sind. Der »SPIEGEL« – das ist klar – der kann sich den Qualitätsjournalismus nach wie vor leisten, aber andere kämpfen hier um ihre Existenz. Ich will jetzt überhaupt keine sächsischen Zeitungen nennen, die das ganz konkret betrifft, aber das wissen wir ja alle.

Woran liegt das, warum abonnieren junge Menschen keine Zeitungen mehr, warum ist jeder froh, auch jeder Verlag, wenn Studentenschnupper-Abos mög-

lichst lange laufen? Die Studenten sind schon 32 und keine Studenten mehr, aber das Schnupper-Abo läuft immer noch. Ich will nur deutlich machen: Das Konsumentenverhalten, zumindest im Medienbereich, verändert sich.

Jetzt müssen wir überlegen, was wir da tun können. Da rufen alle nach politischer Bildung. Die große Frage ist: Informieren sich politisch gebildete junge Menschen dann aus der Zeitung, nehmen diese dann ein Abo oder schauen sie in irgendwelche Internetangebote? Da bleibt irgendwann nur, dass natürlich dann die Information im Internet – »Washington Post« nimmt ja jetzt auch schon Geld – gebührenpflichtig wird. Das ist die logische Konsequenz.

Ich könnte jetzt sagen, wir müssen mehr in der politischen Bildung machen, wir müssen noch mehr Schulklassen durch den Landtag schleusen. Wir müssen an die nachwachsende Generation heran.

Übrigens, hier in Sachsen wird jede Wahl über 50 entschieden. Das muss man mal so deutlich sagen. Das Reden von den Jungen bringt uns Politiker nicht weiter. Wir müssen an alle Generationen heran und müssen denen natürlich ein Angebot unterbreiten.

Politische Bildung läuft bei uns über die Landeszentrale für politische Bildung, über die Schulen. Sie bemühen sich ja auch, aber natürlich die Breite, die sie erreichen, ist nicht so, wie wir uns das vorstellen.

Wir Politiker leben in einer Symbiose, in einer Lebensgemeinschaft zum gegenseitigen Vorteil, mit den Medien. Am Schluss wird es so sein: Der eine braucht den anderen. Das Verhältnis muss kritisch sein, aber es muss immer konstruktiv sein. Ich sehe das genauso wie Kollege Steinbrück. Am Schluss funktioniert unser Staatswesen als Parteiendemokratie. Was sind denn die Alternativmodelle zu unserem System?

Da sehe ich zwei. Das sind die asiatischen Entwicklungsdiktaturen, die ich so schön mit der Dialektik von Basis und Überbau beschrieben habe. Die kennen wir hier schon, haben wir alles schon gehabt. Das kann für uns kein Modell sein. Das andere ist der islamistische Gottesstaat. Ein weiteres Staatsmodell sehe ich nicht.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Außerdem müsste man erst einmal das Grundgesetz ändern, denn dort steht ja drin, wie man in den Bundestag kommt. Das geht nur, indem man sich zunächst einmal als Partei aufstellt und dann wählen lässt. Das sorgt ja dafür, dass wir von der Parteiendemokratie noch einiges haben. Es will ja auch – glaube ich – niemand die Parteiendemokratie abschaffen. Die Frage ist nur: Welche Parteien kommen in das politische Geschäft hinein? Sie haben über die Piraten gesprochen, Liquid Democracy als eine Alternative.

Wir müssen also mehr in diese Richtung gehen, müssen also die Bedürfnisse der nachwachsenden Generation stärker ansprechen. Die Parteien müssen das sozusagen mitmachen, sie müssen sich darauf einlassen, sie müssen stärker interaktiv werden. Ist das eine Lösung?

**Peer Steinbrück, MdB:** Eindeutig ja. Wenn die Piraten eine Funktion erfüllen, dann ist es jene, den etablierten Parteien kritisch vorzuhalten, dass sie sich verändern müssen. Das erstreckt sich auf eine größere Interaktivität. Das erstreckt sich darauf, im Internet in der Tat zu anderen Kommunikationsformen zu gelangen. Da geht es um den vorhin erwähnten Frontalunterricht. Zu einem Wandel gehört es, Angebote zu machen, aber die Menschen nicht gleich zu instrumentalisieren, zu verhaften.

Das ist es, was die Piraten uns kritisch und sehr deutlich unter die Nase reiben, und darauf wird man eingehen müssen.

Das Anliegen nach Partizipation, nach Teilhabe ist ja nicht falsch. Das will ich nicht diskreditiert sehen mit meiner kritischen Haltung zu Liquid Democracy, sondern die Parteien werden Angebote auf allen Ebenen machen müssen, stärker plebiszitäre Elemente einführen.

In vielen Landesverfassungen haben wir inzwischen starke plebiszitäre Elemente. Auf der Bundesebene ist es etwas schwieriger. Ich behaupte, es wird auf die Bundesebene irgendwann eine große plebiszitäre Herausforderung zukommen, nämlich die Frage über die weitere Integration Europas, die verbunden sein könnte mit einer Änderung des Grundgesetzes. Das wird angesichts der Verfassungsgerichtsurteile und lesenswerter Einlassungen des Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Voßkuhle virulent. Zum ersten Mal könnte sich in Deutschland den Menschen die Frage stellen, wie die weitere Wegstrecke Europas aussehen soll.



Ich glaube, plebiszitäre Elemente wird es vor allem auf kommunaler Ebene sehr viel stärker geben müssen, ohne damit den Entscheidungsprozess demokratisch mandatierter Volksvertreter auszuhebeln.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Das geringe Interesse – wenn ich das noch mal hinzufügen darf – der Medien oder der Wähler – damit fange ich mal an – an diesen existenziellen Fragen, dafür sind Politiker und Medien verantwortlich, aber natürlich auch die Wähler selbst. Da bin ich auch bei Ihnen.

Die Wähler bekunden wenig Interesse und denken, Politik würde ihnen gewissermaßen in den Schoß fallen. Aber nein, das ist mit Interesse und Arbeit verbunden. Darin sehe ich das große Problem unserer Zeit, dass wir es alle zusammen – Politiker wie Medien – nicht schaffen, diese furchtbar komplexen Dinge, die heute Politik ausmachen, den

Menschen zu vermitteln, die nachher zur Wahlurne gehen und sich politisch engagieren sollen. Das ist eine Überforderung der Politik und der Medien, die so groß ist, wie sie vielleicht in der Geschichte der letzten 100 Jahre noch nicht war.

Es ist so kompliziert. Ich meine, wenn Sie da draußen auf die Straße gehen und die Leute fragen, was ist denn das mit diesem Rettungsschirm usw., dann die heben alle sofort die Hände und sagen: Das weiß ich nicht, um Himmels willen. Aber gut, dass Angela den Griechen nichts geben will. Also auf dem Niveau wird das doch diskutiert.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Die Frage ist doch: Machen es die Medien und auch die Politiker noch nicht gut genug? Aber man kann es machen, oder kann man es grundsätzlich nicht machen bei der Komplexität der Themen, mit denen sich Politik heute in unserer Gesellschaft beschäftigen muss?

**Peer Steinbrück, MdB:** Sie sind doch der Kommunikationswissenschaftler!

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Da ist meine Antwort eher pessimistisch, Herr Steinbrück.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Wir versuchen es mal mehr, mal weniger erfolgreich, wenn wir Titelgeschichten machen über europäische Probleme, über den Euro, dann wissen wir genau, die verkaufen sich nicht so gut wie andere, weil die Leute denken, ach nicht schon wieder, um Himmels Willen, dieses dröge Zeug. Da muss schon jemand wie Herr Steinbrück kommen, der das Ganze sehr lebendig und eloquent vorträgt, dass die Leute überhaupt zuhören. Wenn es ein normalsterblicher Politiker macht, da hört kaum noch jemand zu.

**Peer Steinbrück, MdB:** Das war ein Kompliment, glaube ich.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Absolut. Die meisten besitzen einfach nicht dieses rhetorische Temperament und das ist etwas, das hilft.

**Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler:** Wobei es Züge von Vergöttlichung von Peer Steinbrück (lautes Lachen), von Kaiserkult gibt.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Also, die Frage ist: Lassen sich denn die komplexen Phänomene – Sie haben den Rettungsschirm genannt, Sie könnten auch außenpolitische Phänomene nehmen – herunterbrechen auf einfache Sprachbilder, die eher, wie wir gemerkt haben, in der Lage sind, sie zu vermitteln? Aber selbst beim Rettungsschirm – glaube ich – hätten Sie Schwierigkeiten, in fünf Minuten das so darzulegen, was denn die Alternativen und was die damit verbundenen Konsequenzen sind, weil es einfach zu komplex ist und weil selbst die Experten sich nicht einig sind und sie sozusagen für jede

Option mindestens 200 verschiedene Experten heranziehen könnten. Also liegt es doch mehr an der Natur der Dinge, mit denen sich Politik heute beschäftigen muss, dass das so schwer zu vermitteln ist?

**Peer Steinbrück, MdB:** Es ändert nichts daran, dass Politik sich der Aufgabe annehmen muss, Komplexität zu reduzieren. Das ist ihre originäre Aufgabe, und zwar in einer Sprache, die verständlich ist. Das ist die Verantwortung und Verpflichtung, die Politik erfüllen muss.

Wenn uns noch etwas Zeit bleibt, dann erzähle ich Ihnen eine Anekdote, wie man am besten die Finanzkrise in Europa erklären kann.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Das sollten wir uns dann gönnen angesichts dessen, was ansteht. Das, was Sie gesagt haben, erinnert mich an – ich weiß nicht, war es gestern oder vorgestern – das »Heute-Journal«. Ich nenne

jetzt einmal den Sender, der also die Sendung aufmachte.

Es war gerade Halbzeit eines Fußballspiels, wo die Fußballeuropameisterschaft und die Rolle Griechenlands und die Tatsache, dass Griechenland gegen Deutschland spielt, in dem Einleitungssatz vermischt worden sind mit der Eurokrise und mit der Griechenlandkrise. Das heißt also, man hat das, was sie die Unterhaltungsdarstellung, die Entertainingisierung der Politik nannten, überhaupt im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mal gleich am Anfang betrieben.

Meine These ist nun – je nachdem, ob Sie das auch so sehen –, dass durch solche Darstellungen, die Art und Weise, wie Politik präsentiert wird, natürlich genau das geschieht. Sie wird banalisiert, und es ist dann sozusagen auf der gleichen Ebene, auf der gleichen Dringlichkeits- und Ernsthaftigkeits-ebene wie Fußball.



**Peer Steinbrück, MdB:** Ja, schlimmer noch. Sie wird nicht nur banalisiert, sondern dieses Fußballspiel bekommt plötzlich einen Symbolwert, über den Vorteilstrukturen aufbrechen so nach dem Motto: Jetzt zeigen wir mal den Griechen, was eine Harke ist. Die hätten sowieso schon vorher ihre Inseln verkaufen müssen, die Akropolis hätten wir nicht genommen, weil sie kaputt ist, und jetzt machen wir sie auf dem Fußballplatz fertig. Bei den Griechen werden alte Ressentiments geweckt, nach dem Motto: Jetzt zeigen wir mal diesen arroganten Deutschen, diesen Schulmeistern Europas, was eine Harke ist. Das heißt, es wird etwas in dieses Spiel hineingemischt, das zu einem sehr giftigen Cocktail führen könnte.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Aber es ist jetzt hier die Frage, wie das medial dargestellt wird. Also wenn es nur so dargestellt wird, wie Sie es jetzt getan haben, dann kann man nichts dagegen haben.

So ist es nämlich. So wird es auch von vielen Menschen empfunden. Wenn es jetzt geschürt wird, so eine Emotion, dann würde ich das natürlich auch kritisieren. Aber den Eindruck habe ich im »Heute-Journal« nicht gehabt.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Jetzt haben wir Vertreter des öffentlichen Rundfunks hier, die das gut finden, was Sie sagen; unsere Studien zeigen aber doch auch wieder eine gewisse Konvergenz. Und das war ja hier auch nur ein Einzelbeispiel – und meine persönliche Wahrnehmung ist alles andere als eine wissenschaftliche systematische Betrachtung. Aber es gibt eben auch die, und die zeigt, dass Verflachung der Politik auch dort stattfindet, wo man sie eigentlich noch am ehesten vermeiden sollte und wo man eben nicht abhängig ist von der Kommerzialisierung, die Matthias Röbner angesprochen hat.

Da würde ich gern noch einmal ein Wort aus Ihrem Munde hören, jetzt mal unabhängig vom »SPIEGEL«. Das ist ja vielleicht in der Tat untypisch von der Marktposition her, wenngleich Sie auch wirtschaftlich zu kämpfen haben. Aber stimmt es, dass die Journalisten weniger Möglichkeiten haben, ihren Job zu machen, weil der wirtschaftliche Druck einfach stärker ist, dass man sie nicht das machen lässt, was sie eigentlich gern machen würden, es in der Qualität abzuliefern?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Also das stimmt sicherlich für große Teile des Journalismus, nur nicht für alle. Den sogenannten Qualitätsmedien geht es noch relativ gut, obwohl die auch schon sparen müssen und Personal eingespart haben. Ich nenne als Beispiel mal die »Süddeutsche Zeitung«. Aber ich finde, das Ergebnis, welches Sie jeden Morgen gedruckt sehen, kann sich immer noch sehen lassen. Es ist höchste Qualität. Auch dem

»SPIEGEL« geht es noch relativ gut. Wir müssen nicht klagen, aber ich weiß, dass andere klagen müssen, und das heißt natürlich auch, dass die Redaktionen kleiner werden.

Andererseits werden neue Redaktionen aufgebaut, die nach anderen Spielregeln funktionieren, die wir nicht so schön finden. Das gebe ich zu. Die neuen Online-Redaktionen stehen unter einem erheblichen Druck; das haben Sie richtig beschrieben, das sehe ich genauso. Da geht es wirklich um Quote und da wird die Qualität dann schnell einmal fallen gelassen, aber das wird sich ändern.

Wir erleben gerade die Geburtsstunde eines ganz neuen Mediums, das heißt, dieser Online-Journalismus wird der Zukunfts-Journalismus werden. Die Auflagen der Zeitung werden zurückgehen, sie werden weiter zurückgehen. Wir und unsere Kinder und Enkel werden in Zukunft immer mehr online

informiert werden. Das möchte ich noch hinzufügen: Dieses wird hoffentlich dazu führen – da bin ich ganz bei Matthias Röbner –, dass für die Informationen im Internet irgendwann auch Geld bezahlt werden muss, denn nur dann können wir alle die Hoffnung haben, dass es auch guten Journalismus im Internet gibt.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Das war meine Frage. Machen Sie denn einen Unterschied oder haben Sie eine klare Definition, was Journalismus ist? Journalismus ist ja zunächst mal unabhängig von der Plattform, ob ich das gedruckt in einer Zeitung finde oder im Internet. Die Frage ist doch, welche Qualität das hat, was dort ist, und mit welcher Intention es dem Kunden, dem Leser, angeboten wird.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Die finanzielle Ausstattung, die ein Journalist hat oder

sein Verlag oder sein Medium, ist natürlich ganz wesentlich entscheidend dafür, ob es sich am Ende um Qualitätsjournalismus handelt. Wenn ich keine Zeit und kein Geld habe, dann mache ich nicht unbedingt das, was ich als Journalist tun sollte. Wenn ich aber etwas mehr Zeit und Möglichkeiten habe zu recherchieren, wenn ich reisen kann, wenn ich nach Berlin, nach München oder Dresden fahren kann, dann kann ich mir natürlich ein viel besseres Bild von den Dingen machen, als wenn ich nur an meinem Schreibtisch vor meinem Computer sitze und Agenturen abpingle. Das heißt, die finanzielle Ausstattung der Medien und insbesondere der Online-Medien wird am Ende dafür verantwortlich sein, ob wir in Zukunft Qualitätsjournalismus haben oder nicht.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Also ein klares Bild. Ein Blogger ist dann für Sie kein Journalist, es sei denn, hinter ihm oder ihr steht sozu-



sagen die Ressource, die man braucht, um eine Story ordentlich zu recherchieren.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Ich will mich nicht von Bloggern distanzieren. Das ist eine neue Welt. Das ist aber eine andere Form der Meinungsvervielfältigung – kein Journalismus.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Kommen wir noch einmal auf die Politik zurück. Herr Steinbrück hat von der ereignisorientierten statt von der prozessorientierten Politik gesprochen. Politik ist ein Prozess, der nie zu Ende ist. Die Themen werden ja nie oder in den seltensten Fällen endgültig einer Lösung zugeführt. Vielleicht ist die Kernenergie bei uns so ein Thema. Sie ist jetzt endgültig einer Lösung zugeführt, weil wir ausgestiegen sind. Aber auch das kann sich wieder ändern. Das haben die Schweden vorgemacht.

Haben Sie die Möglichkeit, politische Themen auf Dauer in die Öffentlichkeit zu vermitteln oder können Sie es nur dann, wenn irgendetwas passiert ist? Sie haben gewonnen oder verloren. Sie haben es erreicht oder nicht erreicht. Wie können Sie das an Medien und Ihren Wahlkreis vermitteln?

**Petra Köpping, MdL:** Also oftmals ist es tatsächlich an ein bestimmtes Ereignis gekoppelt, wo man sagt, das ist gerade für die Medien interessant. Das nehmen sie gerne. Wir arbeiten natürlich auch im Landtag danach. Was interessiert die Medien im Moment, was kommt nach vorn, obwohl manchmal ganz andere Dinge, die diskutiert werden, für die Entwicklung bestimmter Regionen oder des Freistaates oder des Bundes oder auch Europas viel wichtiger sind?

Das ist eine ganz klare Sache, aber ich würde gern noch einmal zurückkommen auf die politische Bildung. Was mir auffällt: Ich betreibe nach wie vor

sehr viel Schulunterricht, und da ist es einfach so, dass Schulklassen – zehnte Klassen, manchmal auch Abiturienten – nicht mal vor Ort ihren Bürgermeister kennen. Das heißt also, die politische Kultur ist teilweise wirklich sehr weit unten. Das ist schulmäßig sehr unterschiedlich. Es gibt Schulen, die sind sehr aktiv und machen sehr viel. Da ist das einfach vorhanden. Wenn ich in der Kommune noch nicht einmal Bescheid weiß, was für gesellschaftliche Spielregeln, für demokratische Möglichkeiten für junge Menschen da sind, da bekomme ich die auch mit 50, weil das ja das wahlentscheidende Alter vielleicht für uns ist, nicht mehr zu politischen Interessenten vermittelt.

Wir haben eine sehr günstige Situation in Sachsen, dass wir sieben Jahre Zeit haben für ein politisches Amt als Bürgermeister oder als Landrat. Im Landtag sind das fünf Jahre. Das ist eine relativ lange Zeit.

Ich sage es immer so herum: Wenn wir einen schlechten Bürgermeister haben, da hat man Pech gehabt, da kann man viel verpassen, aber wenn man einen guten Bürgermeister hat, da kann man richtig etwas entwickeln, Strategien entwickeln, umsetzen – und nicht nur auf dem Papier, sondern man kann sie dann am Ende auch umsetzen. Das ist eine tolle Geschichte. Das ist so ein Thema, das mir hier so bei allen schwarz gekleideten Herren auffiel.

Politik macht Spaß. Das ist einfach ein Thema, wo ich unheimlich viele Menschen, wenn ich es gut aufziehe, begeistern kann. Ich habe immer gesagt: Wenn ich eine Entscheidung nicht durchbekommen habe, dann war ich schlecht und nicht der, der da vorn gesessen hat und mitentscheiden musste.

Das ist eine Geschichte, welche man sehr positiv vermitteln kann. Wenn jetzt wieder vielleicht auch bei Bürgermeistern und Landräten die politische

Bildung ein Stück weiter angesetzt werden könnte, können die unheimlich viel vermitteln, was eben jemand, der im Bundestag oder Landtag sitzt, manchmal nicht mehr kann.

Ich habe es ja eingangs gesagt: Ich versuche immer, Landtagsthemen auf die Kommune, auf die Region herunterzubrechen, um immer klar zu sagen: Dort ist das entschieden worden und hier passiert die und das damit.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Was macht man so als Landtagspräsident, um zu zeigen, dass Politik Spaß machen kann?

**Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler:** Man macht zum Beispiel solche Veranstaltungen wie hier.

Ich denke, man muss jede Gelegenheit nutzen. Das ist nur ein Beispiel: Der »Tag der Sachsen«. Da haben wir dann wenigstens 400.000 Besucher, wo wir

beispielsweise auch Politik in einer lockeren Form erlebbar machen können, und da sage ich dann immer: Die Parteien, die Fraktionen im Landtag müssen sich dort präsentieren. Ich würde auch gern noch etwas zur direkten Demokratie sagen. Darüber sollte man nachdenken.

Wir haben hier in Dresden viel Erfahrung mit direkter Demokratie. Heinrich Heine hat mal in seinem Wintermärchen gesagt: Wenn das Volk »der große Lümmel« spricht, kann man nie vorher sicher sein, was für ein Ergebnis kommt.

Da gab es die Diskussion um eine Brücke in Dresden. Ich war damals Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Dann hat man wirklich das Volk befragt und jetzt kommt es. Die wollten ihre Brücke. Die wollten nicht mehr im Stau stehen. Gerade die meinungsbildenden Eliten oben im Goldstaubviertel hatten das ganz anders erwartet. Auf einmal war der Weltkulturerbe-Titel weg.



Vielleicht haben die das gar nicht überblickt. Vielleicht hätte man die gar nicht befragen dürfen. Vielleicht mangelte es an politischer Bildung. Ich sage nur eines: Wer das Volk befragt, der muss dann auch das Votum des Volkes akzeptieren, auch wenn es einem nicht passt. Das ist die Kehrseite von direkter Demokratie. Das ist – so denke ich – ein Problem, welches gerade für die sogenannten Eliten steht. Sie müssen das Ergebnis von direkter Demokratie auch akzeptieren können. Das fällt ihnen – das haben wir damals in Dresden gesehen – ziemlich schwer.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Das haben sie im Endeffekt deshalb gemacht, weil die von ihnen so gescholtene Demoskopie – das haben wir gemacht – regelmäßig Zahlen geliefert hat, dass die Dresdner trotz allem immer noch zu zwei Drittel hinter der Brücke stehen. Dann war irgendwann – glaube ich – bei den Gegnern ein wenig der Ofen aus.

**Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler:** Das habe ich jetzt einfach nur festgestellt. Das ist die direkte Demokratie.

**Peer Steinbrück, MdB:** Nur vier konkrete Beispiele: Stuttgart 21. Dann haben wir gerade in München die Debatte um die dritte Startbahn beim Flughafen, in Hamburg geht es um eine Bildungsreform, bei der viele von einem anderen Ergebnis ausgegangen sind. Und bei Ihnen in Dresden geht es um die Waldschlößchen-Brücke. Ich habe das überregional alles mitbekommen.

Ich finde, dass sich Herr Kretschmann in Baden-Württemberg diesbezüglich vorbildlich verhalten hat. Er hat gesagt: Ich bin Demokrat, ich muss anerkennen, was nach einer gemeinsamen Initiative als Ergebnis zustande gekommen ist. Damit hat er dieser plebiszitären Befragung – wie ich glaube – durchaus den richtigen demokratischen Rückenwind gegeben.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Das zeigt, dass es durchaus ein politisches Interesse gibt. Unser Lamento – sage ich jetzt mal etwas abwertend –, dass die Menschen sich nicht mehr für Politik interessieren, stimmt dann nicht mehr, wenn es bestimmte Themen gibt, die die Leute aufregen. Ich bin zwar häufig mit diesen Bewegungen nicht einverstanden, also mit den Zielen, die diese Bewegungen verfolgen, aber ich habe großen Respekt dafür, dass sich Menschen dann so engagieren, jeden Montag zu irgendeiner Demonstration marschieren und einfach Politik von unten machen. Parteien tun sich damit ein bisschen schwer.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Ist es Politik, wenn man sich für einen »single issue«, sagen wir mal, interessiert?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Warum nicht? Warum muss Politik immer das Ganze machen?

**Peer Steinbrück, MdB:** Darf ich ein anderes Beispiel geben? Wir haben es nach demoskopischen Befragungen mit einer breiten Ablehnung der Kernenergie in Deutschland zu tun. Trotzdem organisieren wir gerade den Ausstieg aus dem Ausstieg des Ausstiegs. Das heißt, wir werden regenerative Energiequellen in Zukunft stärker nutzen müssen, und jetzt ist die Frage: Ist denn das breite Publikum auch bereit, die dafür notwendige Infrastruktur in Form von Leitungsnetzen zu akzeptieren oder gerät das in einen massiven Widerspruch zu ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Kernenergie?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** So ist der Mensch.

**Peer Steinbrück, MdB:** Ja, das mag sein. Nur, bei der Beantwortung der konkreten Frage kommen wir natürlich irgendwann an die weitere Handlungs- und Zukunftsfähigkeit eines Industriestandortes Bundesrepublik Deutsch-

land, der weiter in der Champions League spielen will.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Ich weiß, das ist ein Problem, aber so ist der Mensch.

**Peer Steinbrück, MdB:** Aha. Sie können das Problem beschreiben, ich muss es gegebenenfalls mit anderen lösen.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Bei uns gibt es natürlich immer wieder Anlass für viele Geschichten, die tatsächlich diesen Widerspruch ausarbeiten. Und ich glaube, das ist tatsächlich unsere Aufgabe. Wir müssen diese Widersprüche aufzeigen und damit auch unseren Lesern oder Fernsehzuschauern oder Radiohörern oder Internet-Usern deutlich machen: Ihr müsst noch einmal darüber nachdenken, so geht es nicht weiter mit dieser Kirchturmpolitik.

**Peer Steinbrück, MdB:** Gelegentlich habe ich auch im öffentlich-rechtlichen

Fernsehen merkwürdige Berichterstattungen über Demonstrationen erlebt. Manchmal gab es maximal 200 Demonstrantinnen und Demonstranten vor dem Kanzleramt und es wurde trotzdem der Eindruck erweckt, als würde eine überwiegende Mehrheit gegen das ein oder andere demonstrieren. Es wurde also über mediale Aufmerksamkeit ein Eindruck vermittelt, der mit den wahren Mehrheitsverhältnissen in einer breiten Bevölkerung rein gar nichts zu tun hat.

Oft handelt es sich um reine Single-Issue-Bewegungen, die sich auf ein Thema konzentrieren, und wenn die eine Vetoposition erreichen können, dann stellt sich allerdings die Frage: Was hat das mit Demokratie zu tun?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Das hat eine ganze Menge mit Demokratie zu tun, aber auch mit den Problemen der Demokratie. Ich finde es jedenfalls wunderbar, dass es diese Initiativen gibt. Es wäre



ganz schrecklich, wenn die Leute alles hinnehmen und gegen nichts protestieren würden, was ihnen missfällt. Es ist sicherlich sehr schlicht und sehr einfach, aber es ist immer noch besser als einfach nur Desinteresse.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Ich glaube, es ging ja auch nicht darum, ob es diese Initiative nicht geben sollte. Das ist ja ein lebendiger Teil der Demokratie oder – besser gesagt – ein Teil der lebendigen Demokratie. Die Frage ist nur, ob es hinreichend ist, wenn sich Menschen eben für solche einzelnen Themen einsetzen, die vielleicht noch vor ihrer Haustür passieren, obwohl es ja auch diesen Tourismus derjenigen gibt, die dann vor den Zäunen stehen, aber sonst eben nicht kontinuierlich am politischen Prozess teilnehmen.

Wir haben eine große Studie gemacht. Da haben wir über einen Monat lang immer danach gefragt, ob man die bei-

den wichtigsten Themen des Vortages mitbekommen hat.

Welche sind das, hat übrigens eine Gruppe von Chefredakteuren und Wissenschaftlern entschieden. Da kommen sie im Durchschnitt der Bevölkerung auf 18 %, die sich über diese beiden Themen informiert haben. Mitbekommen haben es so um die 50 %. Das sind Themen, die mit der Griechenlandkrise zu tun haben, der Rücktritt des Bundespräsidenten usw.

Das, was an Plafonds da ist, an dauerhafter und kontinuierlicher Informiertheit und Information über den politischen Prozess, ist wahrscheinlich sehr viel weniger, als wir uns immer vorgestellt haben, und es wird auch weniger, denn es gibt da eine deutliche Alterskurve.

Da sind wir wieder bei der politischen Bildung, von der ich nach wie vor der Ansicht bin, Matthias Rößler, dass das

stärker als nur über eine Landeszentrale für politische Bildung geht, die sicherlich eine hervorragende Arbeit macht und einen tollen Direktor hat, aber eben gar nicht so ausgestattet ist, um in der Breite sozusagen von unten heraus ein Interesse für den politischen Prozess zu wecken und auch das Spannende am Prozess – wie Sie, Frau Köpping, es beschrieben haben – deutlich zu machen. Müssen wir da nicht mehr investieren?

**Landtagspräsident, Dr. Matthias Rößler:** Klar müssen wir mehr investieren, vor allem müssen das die Schulen vorantreiben. Es gibt ja auch eine gewisse Distanz bei vielen Lehrern gegenüber politischer Bildung. Ich habe früher immer gedacht, es wäre ein Ostphänomen, aber jetzt, nach 20 Jahren, kann das ja nicht mehr ganz so sein. Ich bekomme natürlich mit, dass das in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg nicht viel anders ist. Dort weiß man ähnlich wenig über Kommunalpoli-

tik, ähnlich wenig über Landespolitik. Ich denke, es liegt auch daran, wie wir das verpacken.

Wir haben Gemeinschaftskundeunterricht und vieles andere mehr. Vielleicht muss man es noch spannender gestalten, vielleicht liegt es an den Lehrplänen oder auch daran, dass viele Lehrerinnen und Lehrer gerade sagen – wir haben es ja vorhin diskutiert –: »Lasst mich mit diesen Sachen in Ruhe!« Dass es auch dort eine gewisse Distanz wie beim Großteil der Bevölkerung gibt. Da müssen wir dicke Bretter bohren. Dafür habe ich jetzt kein Patentrezept. Ich glaube nicht, dass es bloß am Geld liegt. Da wird viel eingesetzt, wir setzen ja unglaublich viel Geld in unser Bildungssystem, überall in Deutschland.

**Peer Steinbrück, MdB:** Gemessen am Durchschnitt der OECD-Länder gibt Deutschland 1 % seines Bruttoinlandsproduktes zu wenig für Bildung aus. 1 % sind 25 Milliarden. Gemessen am skandi-

navischen Bildungssystem geben wir 2 % zu wenig aus, und ich meine es von der Kinderbetreuung über die schulische Bildung, berufliche Bildung, akademische bis hin zur Qualifizierung für Erwachsene. Wir sind unterfinanziert im Bereich Bildung.

**Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler:** Aber wenn wir das eine Prozent mehr einsetzen, können wir nicht die 25 Milliarden komplett für politische Bildung ausgeben. Darüber sind wir uns einig. Wir müssen das, so denke ich, auf andere Weise transportieren.

**Peer Steinbrück, MdB:** Ich würde die sonst für Parteiagitationen ausgeben!

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Ich würde gern mal beim Bürger bleiben. Das ist jetzt meine subjektive Meinung, die ich hier eigentlich als Moderator gar nicht haben sollte, aber ich glaube, dass da der Kern des Problems liegt: dass es da ein Nachfrageproblem viel mehr gibt als ein Angebotsproblem. Sie haben in

Ihrem Buch geschrieben: Es gibt heute weniger Idealismus als früher. Das ist natürlich auf die Gesellschaft und nicht auf die Politiker bezogen.

Beobachten Sie so etwas wie einen Wertewandel? Ein Mainzer Kollege hat mal von der Privatisierung der Demokratie gesprochen. Die Menschen ziehen sich mehr zurück in ihren eigenen Lebensraum. Es ist ihnen wichtig, dass es ihnen selbst ganz toll geht, aber das, was im anonymen, im öffentlichen Bereich spielt, ist weniger wichtig. Beobachten Sie so etwas?

**Peer Steinbrück, MdB:** Ich sehe einen Rückzug ins Private, ich sehe auch einen Rückzug in Parallelgesellschaften, die sich längst abgekoppelt haben vom öffentlichen Raum. Ich sehe aber gleichzeitig ganz merkwürdigerweise eine Sehnsucht nach Werten.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Irgendwelche oder bestimmte Werte?



**Peer Steinbrück, MdB:** Schon sehr bestimmte. Es geht um die Einhaltung von Fairness, von Spielregeln. Man kann durchaus von einem moralischen Verhalten sprechen, von der Wahrnehmung einer Vorbildfunktion von Eliten. Es geht in der Tat um eine stärkere Gemeinwohlorientierung derjenigen, die die Eliten in Deutschland darstellen.

Das Gebot zur Einhaltung von Fairness spielt – wie ich glaube – zunehmend eine Rolle, auch für Menschen, die sagen: Ich bin bereit, Belastungen auf mich zu nehmen, meinen Beitrag zu leisten dafür, dass wir uns anstrengen müssen, aber ich möchte, dass die damit verbundenen Lasten fair verteilt werden und ich nicht der Dumme bin. Das spielt eine enorme Rolle in der Beurteilung von Politik.

Ich habe noch einen weiteren Aspekt, bezogen auf Demokratie, wenn ich den kurz darstellen darf. Unter dem Druck der Demografie stellen wir fest, dass meine Alterskohorte der über 60-Jährigen deut-

lich zunimmt, während die Alterskohorte der unter 30-Jährigen, meiner Kinder und eines Tages hoffentlich meiner Enkelkinder, deutlich abnimmt. Dies bedeutet, dass ich mit einer Mehrheit meine Gegenwartsinteressen durchsetzen kann und dass diejenigen, die Zukunftsinteressen vertreten, immer größere Schwierigkeiten haben, sich durchzusetzen.

Das wird zu einem Demokratieproblem, das man übrigens bei Abstimmungen über bestimmte Infrastrukturvorhaben schon bemerken kann. Das Politikfeld, bei dem das Problem besonders gut zu beobachten ist, ist die Debatte um die Zukunft der Altersversorgung in der Bundesrepublik Deutschland. Da werden sie diese Auseinandersetzung in den nächsten Jahren bemerken, bei der meine Generation mit Mehrheiten Einfluss nimmt auf die Organisation der Altersversorgung, die eines Tages zu mehr Belastungen meiner Kinder und Enkelkinder führt, wenn die in ein Pensionsalter kommen.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Wir haben hier drei Mikrofone im Saal und ich würde gern jetzt zum Ende auch Ihnen die Möglichkeit geben, dass Sie sich mit Fragen oder Kommentaren zu Wort melden. Die Mikrofone sind auch schon freigeschaltet. Da gibt es rote Lichtlein. Wenn es Sie danach gelüftet, es sollte ja Spaß machen, dann bitte melden Sie sich.

Wir kommen noch einmal zurück auf die Frage der drei Gruppen, die sozusagen das Schlechte aus sich herausholen. Wir haben jetzt sehr viel über die Medien und die Bürger gesprochen. Wir haben eigentlich am wenigsten über die Parteien gesprochen, obwohl das eigentlich Ihr Thema war.

**Peer Steinbrück, MdB:** Da habe ich ja systematisch ablenken können.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Sie haben das eigentlich alles schon abgehandelt. In Ihrem Vortrag haben Sie

es schon getan. Herr Steinbrück, ist es so, dass heutzutage andere Typen von Politikern in die Politik – andere Typen von Menschen sollte ich sagen, andere Persönlichkeiten – drängen? Mir hatte ein Kollege mal gesagt – das hat er, so glaube ich, auch veröffentlicht –, dass es heute ein narzisstischerer Typ sei, weil eben diese Mediengesellschaft, diese ständige Aufmerksamkeit von Kameras und Mikrofonen, eine gewisse Selbstverliebtheit braucht. Ist das eine Typveränderung? Hätte – mal anders gesagt – ein Adenauer heute noch eine Chance?

**Peer Steinbrück, MdB:** Eindeutig ja. Heute hätte, wie ich glaube, eine ganze Nachkriegsgeneration von Politikern eine glänzende Chance. Das liegt aber daran, dass sie oftmals gebrochene und damit interessante Biografien hatten. Entweder, weil sie Mitläufer gewesen sind und mitbekommen haben, was sie da getan haben, oder weil sie im Exil oder im Widerstand gewesen sind und teilweise in Gefängnissen saßen.

Das heißt, diese Nachkriegsgeneration, die übrigens mit dem wahnsinnigen Impetus angetreten ist, dieses Deutschland wieder aufzubauen, hat eine Vielfalt von Persönlichkeiten in allen Parteien hervorgebracht, die heute vermisst wird. Demgegenüber wird die heutige Politikergeneration als sehr angepasst, eher fade, wahrgenommen.

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Das ist unfair, weil sie diese Biografien gar nicht haben können.

**Peer Steinbrück, MdB:** Sie sagen es. Und trotzdem ist diese Nachkriegsgeneration von Politikern zeitgeschichtlich einfach vielfältiger geprägt gewesen. Einen gewissen Narzissmus – um darauf zurückzukommen –, ein etwas hypertrophes Selbstbewusstsein müssen die schon mitbringen, sonst gehen sie unter.

Am gefährlichsten ist die Vorstellung, ich werde Berufspolitiker, und zwar bei jungen Leuten, die schon mit 20 in die

Junge Union, bei den Jusos, bei den Jungen Liberalen oder bei der Grünen Jugend aktiv sind und die Vorstellung haben, diese Politik sei ihr Leben. Deshalb haben sie die Vorstellung, sich in ihren Jugendorganisationen durchsetzen zu müssen. Da passen sie sich immer etwas an, sodass ihre Karriere nicht unterbrochen wird. Und sie sind immer beim Mainstream, obwohl der Mainstream nicht immer richtig liegen muss. Am Ende machen sie sich gut Kind, um das Mandat zu bekommen.

Oft fehlt ein beruflicher Erfahrungshintergrund. Berufspolitiker müssen alles tun, um im Boot zu bleiben. Das heißt, sie werden nie gegen den Strich bürsten, sie werden nie etwas tun, was ihnen diese Karriere als Berufspolitiker kaputt machen kann – und darin liegt die eigentliche Gefahr. Ich komme inzwischen fast zu dem Ergebnis, dass man durchsetzen sollte, dass keiner länger als zwei Legislaturperioden in einem Parlament sitzen sollte.



**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Kann man sich die Kompetenz denn in einer so kurzen Zeit aneignen, also führt nicht die Diskussion wieder bei der Komplexität, über die wir vorhin gesprochen haben, dazu, dass man zwangsläufig zum Experten werden muss und man nicht nebenbei noch ein Unternehmen oder eine Anwaltskanzlei führen kann?

**Peer Steinbrück, MdB:** Es hat einen Grund, weshalb viele Politikerinnen und Politiker aus dem öffentlichen Dienst kommen. Das ist ein kleiner, etwas frecher, Seitenausschnitt.

Ich glaube, Sie müssen von den Politikern sehr viel mehr einen methodischen Zugang zu Themen erwarten, als nur unbedingt ein Fachpolitiker zu sein. Es gibt ja die Kritik nach dem Motto: Wie kann es sein, dass er erst das Ressort A, dann das Ressort B und dann das Ressort C führt? Ich sage: Selbstverständlich, das kann sogar sehr gut sein, weil

er in diesen Ministerien einer geballten, sachfixierten Ministerialbürokratie gegenübersteht, die sich gelegentlich sogar einbildet, das Primat zu haben gegenüber dem gewählten Politiker. Diese Apparate entwickeln ein erstaunliches Eigenleben.

Als ich 1974 oder 1975 das erste Mal in ein Ministerium kam, sagte mir ein Referent: »Das ist der fünfte Minister, der unter mir dient.« Das war eine verbreitete Einstellung – und dann als Minister zu sagen: »Wissen Sie, was Sie in den letzten zehn Jahren alles vorgelegt haben, das ist etwas, was ich nicht akzeptiere. Wir denken jetzt mal neu oder wir denken mal von der Ecke des Raumes, und das kann zu anderen Ergebnissen führen als die bisherigen Überlegungen.« Aber dafür benötigen Sie natürlich das methodische Rüstzeug.

Das erhalten Sie, wenn Sie kommunalpolitisch als Bürgermeister oder Landrat tätig waren oder wenn Sie mal Parla-

mentarischer Staatssekretär gewesen sind, also langsam an solche Funktionen auch herangeführt worden sind. Dies führt allerdings bei mir zur Ansicht, dass ein 32-jähriger Mann oder eine 32-jährige Frau definitiv nicht geeignet ist, ein Bundesministerium zu führen.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Es fällt mir jetzt niemand ein. Frau Köpping, haben Sie manchmal das Gefühl – verstehen Sie mich nicht falsch – der Überforderung? Sie sind in den beiden Ausschüssen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie im Innenausschuss – also ganz unterschiedliche Dinge, wahrscheinlich auch auf der Landesebene sehr komplexe Dinge. Haben Sie die Zeit, sich da immer reinzufuchsen?

**Petra Köpping, MdL:** Also erst einmal fühle ich mich nicht überfordert, sondern eher unterfordert. Da war eine Aufgabe als Bürgermeisterin oder als Landrat wesentlich anspruchsvoller – und ich würde es gern noch einmal

von dieser Seite her beleuchten. Ich finde das ganz gut. Bei Bürgermeistern, Landräten, Ministern ist keine berufliche Qualifikation erforderlich. Das kann jeder werden. Das ist ein Vorteil und das ist ein Nachteil. Ich habe ja vorhin gesagt, wenn man sieben Jahre lang eine Plinse als Bürgermeister da sitzen hat, kann das schon eine lange Zeit sein, die die Gemeinde sehr nach hinten wirft. Aber auf der anderen Seite finde ich es gerade in solchen Positionen sehr gut, seinen gesunden Menschenverstand zu benutzen.

Ich habe eine Verwaltung, die eben arbeitet, die die Rechte und Grundlagen dafür legt, insofern dort Entscheidungen mit den Gremien zu fassen, die wirklich auch den Menschen entsprechen und die das auch wollen. Das halte ich für eine wichtige Geschichte, und ich kann nur begrüßen, dass man solche Amtszeiten vielleicht auf zwei nacheinander begrenzt. Wenn man vierzehn Jahre – das sind zwei Amtszeiten – Bürgermeister war,

dann ist man einfach ausgelaugt und man hat keine neuen Ideen. Die Freude geht vielleicht auch ein Stück verloren. Insofern kann ich das nur begrüßen, politische Einstiege nicht als berufliche Karriere fürs Leben zu betrachten.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:**

Die Frage stellt sich auch bei Journalisten. Mir hat ein befreundeter Journalist von der »FAZ« einmal gesagt, als es um die Rentenreform vor ein paar Jahren ging: Diese Rentenreform verstehen in Deutschland noch drei Journalisten. Er sei einer davon, okay. Das ist eine gewisse Selbstüberschätzung, sie passte auch zur Zeitung. Ist das so? Sind das so komplexe Dinge, zum Beispiel mit der Wirtschafts-, mit der Finanzkrise? Ist das denn noch etwas, worüber die Leute dann schreiben? Ich meine jetzt nicht beim Privatrado, die anderthalb Minuten Nachrichten machen, sondern auch bei einer seriösen, sagen wir mal bei einer regionalen Abonnementzeitung. Wissen die noch, um was es geht?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur**

»DER SPIEGEL«: Ich glaube, es gibt eine Reihe von Journalisten in den überregionalen Zeitungen und Fernsehen, die wissen, worum es geht, die eine Menge davon verstehen. Es gibt aber noch mehr Journalisten, die darüber berichten müssen und davon vielleicht nicht ganz so viel verstehen. So ist das. Es gibt Politiker, die im Bundestag mitentscheiden müssen über die nächsten Kredite und auch nicht so viel davon verstehen. Es hat mal einen sehr denkwürdigen ARD-Bericht gegeben. Das war, glaube ich, kurz vor einer Griechenlandabstimmung. Da wurden die Einzelnen gefragt, um welche Summe es sich handelt. Also das war eine Kapitulation.

Das heißt, wir haben ein Problem auf beiden Seiten, nämlich bei den Politikern wie auch bei den Journalisten, dass nicht immer die Kompetenz da ist, die vorhanden sein müsste.



**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Es meldet sich ein kompetenter Journalist zu Wort. Wenn Sie bitte ein Mikrofon nehmen, weil es aufgezeichnet wird.

**Fragesteller:** Schönen Dank. Ich habe gerade noch im Ohr, dass Herr Steinbrück uns herausgefordert hat, einen Dreiminutenvortrag zu halten, um uns das Problem der europäischen Schuldenkrise zu erklären. Da das sonst in Vergessenheit geraten würde und jetzt genau das Thema »Komplexität« anstand, meine ich, wäre das genau der richtige Zeitpunkt.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Okay. Wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen. Dann würde ich sagen, dass die beiden hintereinanderweg sprechen und dann machen wir hier vorn die Schlussrunde.

**Fragesteller (Nr. 1):** Einen schönen guten Tag. Mein Name ist Mirtschink, Obermeister, Dresden. Das letzte Mal durfte ich Herrn Steinbrück noch mit

Minister ansprechen. Vielleicht klappt es 2013 wieder.

Die erste Frage lautet: Wieso spricht man bei der Politik von handwerklichen Fehlern?

Die zweite Frage lautet: Die Vereinigten Staaten von Europa – ist das ein Hirngespinnst, eine Vision oder ist das eine notwendige Realität? Das waren meine zwei Fragen. Vielen Dank.

**Fragesteller (Nr. 2):** Mein Name ist Harald Köpping und meine Frage geht natürlich auch an Sie, Herr Steinbrück.

Die erste Frage bezieht sich auf Ihren Vortrag, und zwar hat es mich ein bisschen gestört, dass Sie nicht erwähnt haben, dass die Ideologie der Partei eigentlich keine Rolle mehr spielt, und ich denke, dass besonders junge Leute das eben auch in den Parteien vermissen. Die Ideologie der Sozialdemokratie spielt bei der SPD keine so große Rolle

mehr. Ich denke, bei den anderen Parteien ist das ähnlich. Das ist auch ein größeres Problem, das die Parteien haben.

Die zweite Frage geht natürlich auch in die Richtung der Schuldenkrise. Das bezieht sich auch auf Sie, Herr Rößler. Ich denke schon, wir bauen im Moment ein anderes Staatskonzept auf, und zwar das der Supranationalität und was Europäische Union überhaupt heißt. Kann das aber funktionieren, wenn Institutionen nicht gewählt sind, wenn die nicht demokratisch sind, wenn wir eine politische Kultur haben, die eigentlich nicht europäisch ist, wenn bei Europawahlen eigentlich nur nationale Themen eine Rolle spielen? Wenn europäische Integration nicht demokratisch wird, wie können wir dann über die Zukunft – und das sind ja meine Themen, die Zukunftsthemen – nachdenken?

**Peer Steinbrück, MdB:** Ich versuche eine Antwort im Telegrammstil. Das nehmen Sie bitte nicht als Diskreditierung des

goldenen Handwerks, dass wir von handwerklichen Fehlern der Politik reden. Politik ist teilweise Handwerk. Da machen wir uns nichts vor.

Politik ist eine Methode. Und zu dieser Methode gehört eine Art Rüstzeug, welches man bedienen können muss. Gelegentlich ist die Beherrschung dieses Werkzeugs nicht gut ausgeprägt und deshalb gibt es handwerkliche Fehler.

Die Vereinigten Staaten von Europa sind eine Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika und da sollte man vorsichtig sein. Die USA haben eine andere Historie, eine andere Tradition, eine andere Verfassungsgeschichte. Wir haben es in Europa nach wie vor mit Nationalstaaten mit eigenen Sprachen, eigenen Territorien, einer eigenen Gesetzgebung und eigenen kulturellen Hintergründen zu tun.

Deshalb glaube ich nicht, dass wir eines Tages in einem Bundesstaat Europa lan-

den. Dies ist kein Plädoyer gegen eine weitere Integration. Eine weitergehende europäische Integration halte ich für möglich, aber ich glaube nicht, dass wir in einem europäischen Bundesstaat landen, jedenfalls nicht in überschaubaren Jahrzehnten.

Was die Demokratisierung betrifft, teile ich voll und ganz Ihre Kritik. Jede weitere europäische Integration wird sich nur mit einer stärkeren Demokratisierung vollziehen können, in der das Europäische Parlament mehr Rechte bekommt. Vielleicht wird sogar eine zweite Kammer eingeführt, ähnlich dem amerikanischen Kongress mit einem Repräsentantenhaus und einem Senat, wo im Senat die einzelnen Nationalstaaten eine Rolle spielen. Die Europäische Kommission wird eines Tages vielleicht eine Art europäische Regierung, die gewählt wird, mit einem Spitzenkandidaten, der sich zur Wahl direkt stellen muss. Das wäre die Auflösung der aktuellen Situation, dass die Kommission etwas ist, was in der

Montesquienschen Gewaltenteilung gar nicht vorkommt. Sie ist nämlich Legislative und Exekutive zur gleichen Zeit. Es bedarf einer deutlichen Korrektur des jetzigen Fehlers, der Europa in seinen Institutionen reduziert auf eine intergouvernementale Veranstaltung von 25 Männern und zwei Frauen. Das ist der Europäische Rat.

Das heißt, wenn über die europäische Integration geredet wird, muss dies zwingend verbunden sein mit einem Demokratisierungsprozess, der dann vielleicht auch jüngere Menschen wieder faszinieren kann.

Letzter Punkt: Wir haben es mit einer klaren Entideologisierung der Parteiensysteme in Europa zu tun – mit Ausnahme einiger sehr rechtsorientierter Parteien und nur noch einiger weniger linker Parteien. Das spiegelt sich auch in Deutschland wider, weil die Wahlen in der Mitte der Gesellschaft entschieden werden. Ich weiß, dass die Mitte



kein fester Ort ist. Die Mitte ist sehr volatil. Sie unterliegt auch einer gewissen Deutungshoheit, aber Wahlen werden in Deutschland nach wie vor in der großen, breiten politischen Mitte entschieden.

Das bedeutet, dass Sie mit stramm ideologischen Vorstellungen nicht antreten brauchen. Das bedeutet jedoch nicht, dass Sie grundsatzlos sein dürfen. Sie dürfen allerdings schon auf Unterscheidung Wert legen, aber die Vorstellung, dass die SPD in eine ideologische Phase zurückfällt, geht mir nicht durch den Kopf.

Sie erleben gerade in einem anderen Teil der Welt eine Reideologisierung mindestens einer Partei, mit fatalen Konsequenzen. Das ist die Republikanische Partei in den USA. Diese Reideologisierung führt zu einer Disfunktionalität des Verfassungsprinzips der USA von Thomas Jefferson, weil sie sich sehr massiv der Kompromissfindung, der

Orientierung auf eine Gemeinsamkeit entzieht. Das wird inzwischen von Politikwissenschaftlern und von Beobachtern in den USA in der Tat als eine Infragestellung des Systems angesehen.

Übrigens, ich fand dies sehr gut beschrieben in einer glänzenden Titelseite des »SPIEGEL«, in der es um Präsident Obama geht und die genau diesen Punkt aufgreift. Die Darstellung entspricht vollständig den Erfahrungen, die ich bei einem längeren USA-Besuch Ende Februar gemacht habe.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Lösen Sie das Versprechen noch ein, uns in drei Minuten ...

**Peer Steinbrück, MdB:** Also, das ist eine Anekdote, nicht, dass Sie sie total ernst nehmen. Das ist die Erklärung der Finanzkrise in Europa: Ein russischer Oligarch besucht ein kleines schnuckeliges Hotel an der Côte d'Azur. Er sieht es an und sagt zu dem Hotelbesitzer:

Wissen Sie, das gefällt mir ganz gut. Er legt 500 Euro auf den Tisch und sagt: Bevor ich das Hotel aber mit meiner Frau miete, möchte ich mir die Räume oben noch einmal anschauen. Der Hotelbesitzer hat wiederum exakt 500 Euro Schulden bei einem Caterer.

Er geht zu dem Caterer und sagt: Hier sind die 500 Euro, die ich dir schulde. Der Caterer hat 500 Euro Schulden bei einem Lebensmittelhändler und rast mit den 500 Euro zu dem Lebensmittelhändler und sagt: Hier sind die 500 Euro, die ich dir schulde. Der Lebensmittelhändler rast mit den 500 Euro zu einem Fleischer und sagt: Hier sind die 500 Euro, die ich dir schulde und sagt: Jetzt bin ich frei von den Schulden.

Der Fleischer rast zu einer Dame, die sehr einseitige Dienstleistungen anbietet, der er auch 500 Euro schuldet und sagt: Hier sind die Schulden, die ich dir seit zwei Monaten eigentlich zurückzahlen müsste. Sie ist froh und sagt: Die

500 Euro kann ich sehr gut gebrauchen. Sie rast mit den 500 Euro zu dem Hotelbesitzer und sagt: Hier sind die 500 Euro, die ich dir noch schulde wegen der Miete des Zimmers, welches ich gelegentlich bei dir im Hotel brauche.

In dem Augenblick kommt der russische Oligarch die Treppe herunter, nimmt die 500 Euro vom Tisch und sagt: Mir gefallen diese Zimmer dann doch nicht und haut ab.

Alle sind entschuldet, alle sind froh. Die ganze Gemeinde lacht. Es ist wunderbar, nur einer unter uns ist der Gelackmeierte, und Sie müssen herausfinden, wer es ist.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Vielleicht kann man das noch kurz mit auf den Weg geben nach Mexiko, wo die Verhandlungen gerade stattfinden.

Jetzt die Schlussrunde. Vielleicht möchte jeder noch mal einen Satz sagen. Was ist die Lösung? In welche Richtung sollten

wir in unserem Gemeinwesen gehen, wenn wir es ein wenig besser haben wollen, als es ist. Es ist ja schon – das haben wir ja auch schon gesagt – viel besser als in den meisten anderen Ländern. Wenn wir uns noch mehr in die Richtung des Ideals entwickeln wollen, wo sollten wir anfangen?

**Dr. Martin Doerry, stellv. Chefredakteur »DER SPIEGEL«:** Ich bin nicht ganz so pessimistisch. Ich habe den Eindruck, dass diese Gesellschaft immer dann, wenn es wirklich um die Wurst geht, auch wieder den Grad an Politisierung annimmt, der notwendig ist, um diese Entscheidung dann voranzutreiben. Es gibt allerdings die Schwierigkeit, dass es manchmal Probleme gibt – und das haben wir gerade mit der Finanzkrise –, die so kompliziert sind, dass Medien und Politiker besondere Höchstleistungen vollbringen müssen. Dass sie das zurzeit nicht tun, glaube ich, das gilt für beide Seiten.

**Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler:** Wir hatten ja 2002 ein großes Hochwasser. Ich habe die gesamte Gesellschaft noch nie so engagiert und solidarisch erlebt. Da habe ich mir gesagt: Es gibt kein Land – denke ich –, wo man noch solidarischer hätte sein können, und alle haben gemeinsam an der Lösung gearbeitet und es hat auch funktioniert. Nun wünsche ich mir kein neues Hochwasser, aber ich bin mir ganz sicher, wenn große Herausforderungen vor diesem Land stehen, dann werden wir diese meistern. Die Leute treibt es dann aus ihrer Satttheit heraus. Sie müssen sich engagieren.

Die Politiker müssen bei Strafe ihres Untergangs natürlich Problemlösungen anbieten und die anderen müssen einfach mitmachen, sie müssen sich wieder auf Politik und auf das Gemeinwesen konzentrieren, und ich denke, wir schaffen das. Wir haben auch die letzten zehn Jahre – das muss ich sagen, Herr Steinbrück – keine schlechte Politik in Deutschland gemacht, ganz im Gegenteil.



**Petra Köpping, MdL:** Ich wünsche mir, dass Wissen und Kompetenz parteienübergreifend eingesetzt werden. Ich denke, dass es die Menschen sehr nervt, wenn man sich streitet, wenn man die Meinung des anderen nicht akzeptiert. Das gehört auch zur Demokratie, dass man einfach alles kluge Wissen, das man in dem Land hat, bündelt und in die Entscheidungsfindung einbindet.

**Peer Steinbrück, MdB:** Ich würde mir größere Anstrengungen für eine Art Renaissance der sozialen Marktwirtschaft wünschen, in der es etwas mehr Balance gibt als heute. Ich wünschte mir einen sehr viel breiteren Diskurs über Gemeinwohlorientierung und über den Wert des öffentlichen Wohls, dem sich Staatsbürger aus unterschiedlicher persönlicher Interessenlage stärker widmen sollten.

Der Politik wünsche ich – jedenfalls den Parteien – dass sie in der Tat sehr neue Wege gehen und sich kulturell und

strukturell reorganisieren, um wieder interessanter zu werden für Menschen, die entweder zeitweise mitmachen wollen oder sogar sagen: Ich engagiere mich politisch. Dafür haben wir bisher zu wenige Angebote.

**Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, Moderator:** Wir brauchen noch mehr Menschen, die sich nicht nur einbringen, weil es ein Thema ist, das sie vielleicht selbst gerade interessiert, weil es vor ihrer Haustür passiert, sondern weil es alle angeht. Wir brauchen also die Öffentlichkeit und natürlich Bürger und Medien, die das bewerkstelligen.

Insofern, glaube ich, sind wir uns in dieser Hinsicht alle einig – und wir wollten ja auch keine Talkshow machen, bei der wir die Konflikte schüren, die gar nicht vorhanden sind, sondern ich finde das auch manchmal gut, wenn man eine gemeinsame Perspektive hat und von gemeinsamen Grundlagen ausgeht.

Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen fürs Zuhören bedanken, insbesondere bei Ihnen, Herr Steinbrück, für den Vortrag.

